

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **M. 1.60**. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum **15 Pfennige**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfennige**, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 180.

Dienstag, den 30. Oktober 1894.

1. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Für November und Dezember

nehmen alle unsere Austrägerinnen, sowie sämtliche Postanstalten Bestellungen auf den täglich erscheinenden „Lübecker Volksbote“ (mit der achtsseitigen illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“) zum Preise von 1,10 Mark an.

Der Reichstag nimmt in nächster Zeit seine Verhandlungen wieder von Neuem auf. Wichtige Debatten stehen in Aussicht; denn noch sind die Steuervorlagen nicht unter Dach und Fach. Zudem wird die Reaktion mit Anträgen kommen, die zur Knebelung der Staatsbürger dienen sollen. Wer deshalb gesonnen ist, sich sowohl über die Parlamentsverhandlungen, sowie über das gesammte politische Leben eingehend zu unterrichten, lese den Volksboten, der sehr ausführlich darüber unterrichtet. — Probe-Nummern des Volksboten stellen wir gern zur Verfügung.

Neu hinzutretenden Abonnenten liefern wir — gegen Einwendung der Abonnementsquittung — die Zeitung bis Ende Oktober schon von jetzt ab unentgeltlich. Wir bemerken noch, daß jeder unserer Abonnenten befugt ist, auf Grund seiner Quartalsquittung einmal vier Zeilen gratis zu inserieren.

Redaktion und Verlag des „Lübecker Volksbote“.

Die Krise.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel kam die Ankündigung einer Ministerkrise in Deutschland. Alles Andere hätte man erwarten können, als die Demission Caprivis. Erst in den letzten Tagen pfliffen noch die Offiziösen von allen Dächern, daß Caprivi mit seiner Ansicht im Kampfe gegen den sogenannten „Umsturz“ durchgedrungen sei.

Uns soll die Krise verdammt ruhig lassen, da für uns Sozialdemokraten ein derartiger Wechsel durchaus wenig zu befagen hat. Wechseln auch die Personen, so bleibt das System doch stets dasselbe. Unterm „alten Kurs“ wurden wir fast nicht anders behandelt, wie unter dem „neuen“. Höchstens war man unter dem „alten“ etwas „ruppiger“. Wie sich der „allernueste“ Kurs gestalten wird, überlassen wir ruhig der Zukunft. Uns soll es ganz „schnuppe“ bleiben, ob „Hinz“ oder „Kunz“ die leitende Stelle einnimmt.

Ueber die Ursachen der jetzigen Krise laufen mancherlei unverbürgte Gerüchte herum. So schreibt z. B. die „Köln. Volksztg.“ darüber: Als nach der zweiten Staatsministerial-Sitzung Graf Eulenburg seinen Widerspruch gegen die Politik des Reichskanzlers nicht aufgab, obwohl fast das gesammte Staatsministerium auf die Seite Caprivis getreten war, reichte Caprivi sein Entlassungs-Gesuch anfangs voriger Woche ein, worauf der Kaiser sofort beim Reichskanzler erschien, ihn seines fortgesetzten Vertrauens versicherte und mit der Auffassung Caprivis bezüglich der Bekämpfung der Umsturz-Bestrebungen sich einverstanden erklärte. Dann reiste der Kaiser zur Jagd nach Liebenberg in der Mark, woran auch der Minister-Präsident und andere Mitglieder der Eulenburg'schen Familie theilnahmen. Das Programm Caprivis fand bei der langen Berathung auch die Billigung der einzelstaatlichen Minister; alles war also anscheinend in schönster Ordnung. Die Ursache der Katastrophe ist schwerlich in den Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kaiser und Caprivi über die bevorstehende parlamentarische Aktion zu suchen; vielmehr nimmt man an, daß das Programm Caprivis trotz seiner Entlassung durchgeführt wird, zumal dasselbe bereits vom Bundesrath gebilligt ist. Ob nun außer der Abneigung des Kaisers gegen die Fortdauer der Trennung des Reichskanzler-Amtes von dem des preussischen Minister-Präsidentiums noch andere Gründe mitgespielt haben, ist unbekannt. Ueber die Vorgänge im Schlosse, wo Caprivi und Eulenburg kurz hinter einander empfangen wurden, verlautet nichts. Der Kaiser theilte, unmittelbar nachdem beide das Schloß verlassen, denjenigen Personen, welche er später empfing, mit, daß er die Entlassungsgesuche angenommen habe. Die Entlassungs-Ordre ging beiden schriftlich zu.

Als Nachfolger Caprivis und Eulenburg's werden der Stadthalter vom Elsaß, Fürst Hohenlohe, und der Unterstaatssekretär v. Köller genannt. Ob Hohenlohe thatsächlich soviel Aussichten für den Kanzlerposten hat, dürfte dahingestellt bleiben; Hohenlohe zählt schon 75 Jahre. Wie dem auch sei: Mag der „kommende Mann“ heißen, wie er will, wir werden auch unter seiner Leitung weiter kämpfen wie bisher.

Politische Rundschau. Deutschland.

Die Reichstagswahl im Kreise Bernburg-Cöthen findet morgen statt. Als Kandidat unserer Partei ist der Redakteur am „Volksblatt für Anhalt“, Karl Schulze, aufgestellt. Für den Freisinn kandidirt Baumbach-Dauzig, für die Nationalliberalen Professor Friedberg, für die „Mittelstandsparteien“ der Goldschmiedemeister Fischer. Für unseren Kandidaten stehen die Chancen sehr gut. Vielleicht dürfte er mit Friedberg in Stichwahl kommen.

Bei der Reichstagsersitzung in Stendal-Osterburg sind bisher bekannt für Fischel (Freis. Volkspartei) 4183, Himburg (kons.) 6899, Hünze (soz.) 2099. 54 Landorte stehen noch aus.

Der Bundesrath erklärte sich in seiner letzten Plenarsitzung mit den Anträgen Preußens, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung (Gewerbebetrieb der Schauspielunternehmer, Kleinhandel mit Bier) einverstanden. Die Vorlage betreffend den Entwurf einer Ergänzung der Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern (Anrechnung der Dienstzeit in den Schutzgebieten) wurde dem VII., I. und II. Ausschusse überwiesen.

Ueber die Veränderung in der Strafgesetzgebung, welche Graf Caprivi beabsichtigte und zu denen er angeblich die Zustimmung der leitenden Minister der Bundesstaaten erhalten hatte, weiß das „Berl. Tagebl.“ zu berichten, daß sie eine schärfere Fassung §§ 110, 111, 126, 130 und 131 des Reichsstrafgesetzes und des § 10 des Dynamitgesetzes bezweckten.

„Der oberste Kriegsherr.“ Amtlich war gemeldet, daß der Prinzregent im Namen des obersten Kriegsherrn, d. h. des Kaisers, den vierten Bataillon Fahnen verleihen werde. Das bayerische Vaterland wies danach in einer bissigen Notiz darauf hin, daß nach der Verfassung und dem Bündnißvertrage der Kaiser nur im Kriege den Oberbefehl über die sonst selbstständigen bayerischen Truppen führe. Nunmehr hat bei der Fahnenweihe der als sehr preußenfreundlich bekannte und in Bayern nicht sehr beliebte Prinz Arnulph erklären müssen, er weiche die Fahnen „im Namen des Prinzregenten, des obersten Kriegsherrn“. Ja, der bayerische Partikularismus — gegenüber der preussischen Spitze ist allerdings begreiflich.

Erfreuliche Nachricht für deutsche Börsenspeculanten. Bürgerliche Zeitungen melden aus Berlin: Der Reichskanzler hat als Chef der deutschen Reichsbank nunmehr das seit 1889 in Kraft getretene Verbot aufgehoben, russische Werthe zu lombardiren. Ausschlaggebend für diese Maßregel soll vor allem der Gesichtspunkt gewesen sein, daß der Beweggrund, welcher zu dem Erlaß des Verbotes geführt hatte, nach Wiederherstellung guter wirtschaftlicher Beziehungen mit Rußland inzwischen weggefallen ist, daß ebenso wenig ein politischer Grund vorliegt, die russischen Werthe von der Reichsbank anders behandeln zu lassen, wie die Werthe aller übrigen europäischen Staaten, und daß endlich eine Befürchtung, der deutsche Markt werde jetzt wiederum von russischen Werthen überschwemmt werden, beim jetzigen hohen Kursstande der russischen Papiere als ausgeschlossen gelten muß. — Nirgends wird man über die ebenso freundschaftliche wie kostspielige Maßregel der deutschen Reichsbank mehr erfreut sein wie in Frankreich, das fast ein Duzend Milliarden russischer Staatspapiere als drückende Last für die freie Beweglichkeit seines Kapitals besitzt. Die Franzosen werden mit beiden Händen die Gelegenheit ergreifen, ihre russischen Werthe nach Deutschland abzuschleichen zu können.

Auf Altersrente sind bis zum 1. Oktober d. J. 294,248 Ansprüche erhoben worden. Von diesen wurden 232,320 Rentenansprüche anerkannt und 49,175 zurückgewiesen, 6303 blieben unerledigt, während die übrigen 6450 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden

haben. Die Zahl der Ansprüche auf Invalidenrente betrug 130,120. Von diesen wurden 89,843 anerkannt und 27,405 zurückgewiesen, 6940 blieben unerledigt, während die übrigen 5932 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben.

Die Getreidezufuhr in das Deutsche Reich betrug im Monat September d. J. zu den in Klammer beigefügten Zahlen im Vergleich des Vorjahres: 983 753 (522 976) Doppelcentner Weizen, 770 391 (189 342) Doppelcentner Roggen, 222 910 (130 458) Doppelcentner Hafer, 1 085 236 (896 027) Doppelcentner Gerste, 182 940 (161 953) Doppelcentner Raps und Rübsaat, 301 780 (1 036 817) Doppelcentner Mais und Darr. — Vom 1. Januar bis Ende September wurden eingeführt: 7 982 554 (5 658 634) Doppelcentner Weizen, 4 428 838 (1 445 258) Doppelcentner Roggen, 3 185 726 (964 252) Doppelcentner Hafer, 7 182 589 (5 350 190) Doppelcentner Gerste, 1 089 024 (1 092 267) Doppelcentner Raps und Rübsaat, 5 337 531 (5 529 160) Doppelcentner Mais und Darr.

Zur Organisation des Handwerks scheint jetzt nach Andeutungen im offiziellen „Hamb. Corr.“ im Reichsamt des Innern die Anschauung vorzuwiegen, zunächst eine besondere Organisation zu schaffen, die als Vertretung des ganzen Handwerks gelten kann nach dem Muster der preussischen Landwirtschaftskammern. Die Schwierigkeit liege nur darin, das Handwerk einerseits vom Großbetrieb, andererseits vom Handelsgewerbe und den nicht handwerksmäßig arbeitenden Unternehmern richtig abzugrenzen. Solche Abgrenzung werde vor Bewertung der Ergebnisse der neuen Berufszählung im nächsten Jahre nicht leicht sein. Solcher Vermittlungsstandpunkt präjudizire keinen der in der Regierung und im Reichstage bestehenden Organisationspläne und trage auch der Auffassung, daß es der Vervollständigung des thatsächlichen Materials bedürfe, insofern Rechnung, als in jenen Handwerkskammern zugleich die geeigneten Organe zur Veranstaltung von Erhebungen solcher Art geschaffen würden.

Die bürgerliche Presse beschäftigt sich lebhaft mit dem Frankfurter Parteitag. Die Centrumsblätter behandeln schon seit Wochen die gefürchtete Annahme eines landwirtschaftlichen Aktionsprogramms mit einem Eifer, der ihre Furcht vor einer derart gewonnenen Möglichkeit, die Landbevölkerung, die heute die Grundveste des konservativen und liberalen Besitzstandes bildet, in kurzer Zeit an die Sozialdemokratie zu verlieren, deutlich kennzeichnet. Die Unfähigkeit, die Auffassung der französischen Genossen in der Landfrage prinzipiell zu verstehen, wundert uns bei der ungründlichen Auffassung der sozialistischen Gedankenwelt in der bürgerlichen Presse nicht; doch mag auch gerade bei der sonst ziemlich schlauen Centrumsblätter hier eine kluge, wenngleich nicht ehrliche Berechnung zu Grunde liegen. Andere Blätter unterhalten sich über die Gehaltsfrage. Statt einzusehen, daß die sozialdemokratische Partei heute noch mit den Verhältnissen der bürgerlichen Gesellschaft zu rechnen hat, ergehen sie sich in allerlei leeren Betrachtungen. Kaum wie immer sind die freisinnigen Blätter, die an eine Aenderung des revolutionären Charakters der Partei glauben, unsauber wie immer die nationalliberalen. Erheitert geradezu wirkt es, daß die nationalliberalen Blätter, z. B. die „Lüb. Anz.“ über unsern Parteitag spaltenlange Berichte bringen, während sie über ihre eigenen kaum zehn Zeilen schreibt. Daraus geht hervor, daß unsere Partei bedeutend lebensfähiger ist, als alle die anderen.

Dreiklassenwahlsystem für die Gemeindevertretung ist von den Leipziger Stadtverordneten endgültig angenommen worden. Es ist genau so gekommen, wie wir es vorausgesagt hatten. Ob der reaktionäre Klügel deshalb „unter sich“ bleiben wird, bezweifeln wir sehr.

Ein trauriges Stück Weberelend berichtet die „Oberfränkische Volkszeitung“. In Folge des flauen Geschäftsganges hat der Werkmeister J. Peck in Hof i. B. in sechs Wochen nur eine Mark verdienen können. Vorige Woche hatte er das Glück, wieder einen Zettel zu bekommen, und da die Lieferfrist vorgeschrieben ist, hat er Tag und Nacht gearbeitet. Mit einer Mark Verdienst in sechs Wochen kann man natürlich sich nicht mehr an Kartoffeln satt essen, und so war der Körper des armen Mannes den Anstrengungen nicht mehr gewachsen und

entkräftet fiel er vom Webstuhl, um nach wenigen Minuten seinen Geist aufzugeben. Der Mann ist thätig vor Hunger gestorben und wenn es so fort geht, folgen ihm andere noch nach. Fleisch ist in unserer Gegend für die Arbeiter ein längst entwöhnter Genuß, bemerkt dazu unser Bruderorgan, und noch immer ist keine Aussicht auf Besserwerden. — Die Textilarbeiter aller Orten sollten solche Erscheinungen sich als Mahnung zu kräftiger Organisation dienen lassen, damit dieselben zu wirksamem Kampfe gegen diese Uebel der Zeit gewappnet werde.

Von verschiedenen Unternehmungen ist in der letzten Zeit der Achtstundentag eingeführt worden. So hat die Direktion der schweizerischen Nordostbahn beschloffen, bei der Centralverwaltung vom 15. November bis 1. Februar 8stündige, für die übrige Zeit 8 1/2stündige Arbeitszeit einzuführen. Es betrifft das etwa 200 Angestellte. Aus Bodenbach in Böhmen wird berichtet, daß in den dortigen Eisenbahnwerkstätten der Achtstundentag probeweise mit den bisherigen Lohnabzügen eingeführt worden ist. Der Fabrikbesitzer Julius von Graba in Gölln bei Meißen hat in seinem Unternehmen eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten lassen. Die Gründe für diese Maßregel lassen sich aus folgendem Anschlag in der Fabrik ersehen: „Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß sich die von den Einzelnen geleistete Arbeit in einem kleineren Zeitraum zusammenbringen läßt. Diese Ansicht theilen mit mir der Arbeiterausschuß und die Meister. Die durch erhöhte Thätigkeit und Unterlassen jeden unnützen Aufenthalts gewonnene Zeit beabsichtige ich, den Arbeitern zu lassen, daß sie Gelegenheit haben, solche ihrer Familie und sich nutzbar zu machen.“ Die verkürzte Arbeitszeit, die bereits seit dem 3. September in Geltung ist, erstreckt sich von 7 bis 12 und von 1 1/2 bis 6 Uhr. Arbeiter über 16 Jahre haben Vor- und Nachmittags je 1/4 Stunde, Arbeiter unter 16 Jahren je 1/2 Stunde Pause. Die Akkordlöhne und die festgesetzten Tagelöhne sind dieselben geblieben, die Stundenlöhne wurden dem jetzigen Stande entsprechend erhöht. Der erwähnte Anschlag des Fabrikbesizers schließt mit folgenden Worten: „Ich erwarte, daß mein Vertrauen zu meinen Arbeitern sich auch diesmal nicht getäuscht haben wird und ich Veranlassung haben werde, diese Anordnung, welche vorläufig auf ein Jahr Geltung haben soll, zu einer dauernden zu machen. Die Arbeitszeit beträgt mit Ausschluß der Pausen 9 bzw. 8 1/2 Stunden.“

Ueber die Folgen eines neuen Sozialistengesetzes schreibt der „Vorwärts“: „Ein neues Sozialistengesetz dürfte dieselben Folgen, aber noch in erhöhtem Maßstabe mit sich führen, wie das alte. Kaum war dieses ins Leben getreten und die Sozialdemokratie von der Oberfläche verdrängt und unmittelbar im Anschluß daran der große Ueberlaß von 300 Millionen am Volke vollzogen, als auch der Kampf unter den bürgerlichen Parteien eine solche Feindseligkeit und Gefäßigkeit annahm, daß es wahrlich keiner sozialdemokratischen Aufreizung bedurfte, um dem Volke die Augen zu öffnen. Man werfe nur einen Rückblick auf die Zeitungen von 1879 und 1880. Großindustrielle und Agrarier, Eisenfabrikanten und Grubenbesitzer, Junker und Hohe Finanz überboten sich in wüthendsten Schimpfreden, die alle darauf hinausgingen, einander den Vorwurf zu machen, die gemeingefährlichsten Ausbeuter des Volkswohls zu sein. Die Sozialdemokratie brauchte zu allem diesem nur Ja und Amen zu sagen, um in den von den Gegnern erhobenen Vorwürfen gegen einander das Gesamtergebnis dessen zu finden, was sie der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt zur Last legen konnte. Diesmal würde der Kampf in noch größerer Wuth entbrennen. Die kirchlichen und antisemitischen Präntationen würden den Kampfplatz noch mehr erweitern; zu dem Kampf der Bourgeoisparteien würde auch noch der Kleinbürger und Bauer, soweit er der antisemitischen Agitation Folge leistet, hinzugezogen werden und die kirchlichen Bestrebungen dürften auch nicht in den Hintergrund treten. Und in diesem Lohwahn würde die Sozialdemokratie mit ihren Millionen Arbeitern, auch wenn ihr die öffentliche Arena entzogen würde, leichtes Spiel haben, in dem von den Gegnern ausgewählten Boden Wurzel zu fassen. Ein neues Sozialistengesetz wäre schon etwas mehr als der Anfang vom Ende der bürgerlichen Gesellschaft!“

Die Kiderlen-Wächter-Affaire hatte am Mittwoch vor der Strafkammer in Köln ein Nachspiel, das noch seine Fortsetzung erfahren soll. Es wurde gegen den Verleger der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ Dr. Klefer und den Redakteur Neßler verhandelt, die beschuldigt sind, in zwei Artikeln der „Westd. Allg. Ztg.“ den Staatssekretär von Marshall durch den Vorwurf, er habe die Artikel gegen die vortragenden Räte Kiderlen-Wächter und Holstein in den „Kladderadatsch“ lancirt, beleidigt zu haben. Der Verteidiger erklärte, er wolle den Wahrheitsbeweis antreten. Nach langer, bis Mittag dauernden Berathung beschloß der Gerichtshof, folgende Zeugen zu laden: Die Redakteure Hoffmann und Polstorff (Berlin), Kammergerichtsrath Fischer, Generalmajor Spitz, Eugen Richter, Reichskanzler Caprivi und Staatssekretär Marshall. Der Letztere soll persönlich in Köln, die Anderen sollen in Berlin vernommen werden. Die neue Verhandlung wurde auf den 20. November angesetzt.

Sächsisches. Die sächsischen Gerichte haben jetzt thätig bereits die Pressverantwortlichkeit der Zeitungs-träger ausgesprochen. Kürzlich waren vom Dresdener Schöffengericht vierzig Zeitungsausdräger zu Geldstrafen verurtheilt worden wegen einer Notiz der von ihnen ausgetragenen „Sächs. Arbeiterztg.“. Das Urtheil ist jetzt

in der Berufungsinanz bestätigt worden. — Konsequenterweise müßten nun, meint die „Frf. Ztg.“ sehr richtig, auch die Postämter, welche den Vertrieb dieser Nummern besorgt haben, dafür verantwortlich gemacht werden.

Die Genossen Spaniens haben an den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie die folgenden Zuschriften gerichtet: An unsere deutschen Genossen.

Wir würden glauben, eine Pflicht zu veräumen, wenn wir Euch zu Eurem Parteitag nicht herzlichsten Brudergruß im Namen aller spanischen Sozialisten übermitteln könnten.

Es kommt uns nicht zu, die wie die Nachhut des revolutionären Sozialismus bilden, Muth und Aufmunterung denjenigen zukommen zu lassen, die durch ihre Manneszucht und Intelligenz an der Spitze des großen Heeres stehen, welches für die Befreiung der Arbeit kämpft. Im Gegentheil, wir wissen, daß wir uns an Eurem Beispiel begeistern und dafür sorgen müssen, daß der Sozialismus bei uns dieselbe Kraft und Stärke gewinnt, wie bei Euch, damit er über dem Kapitalismus in Spanien triumphirt.

Soweit unsere Kräfte reichen, arbeiten wir für diesen Zweck und werden wir dafür arbeiten. Wenn wir aber auch noch schwache Kräfte zur internationalen Sozialistenbewegung stellen, so seid doch sicher, daß wir an Eurer Seite stehen und an der Seite unserer Brüder anderer Länder, mag es sich handeln um das Eintreten für unsere großen Ideale oder um die Erreichung wohlthätiger Reformen für das Proletariat, oder um den letzten großen Kampf, wenn es sich darum handelt, entgeltlich mit allen Privilegien aufzuräumen.

In dem sicheren Vertrauen, daß Eure Beschlüsse im Sinne des internationalen Sozialismus ausfallen werden, das heißt im Sinne der Emanzipation der Arbeit, schließen wir uns im Voraus Euren Beschlüssen an und schicken Euch gleichzeitig unsere Glückwünsche und unsern freudigen Beifall zu den außerordentlichen Fortschritten, die Ihr fortwährend macht.

Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!
Es lebe die Vereinigung der Arbeiter aller Länder!
Es lebe die Befreiung der Menschheit!

Für das Nationalkomitee der spanischen Arbeiterpartei:
Pablo Iglesias, Vorsitzender.
Madrid, den 17. Oktober 1894.

Italien.

Crispi ist mit der Aufhebung der Vereinsfreiheit noch nicht zufrieden. Nun soll auch das Versammlungsrecht dran glauben. Glaubt sich Crispi einer Revolution gegenüber stark genug? In Mailand hat sich bereits eine „Italienische Liga zur Verteidigung der Freiheit“ gebildet, der nicht etwa bloß Sozialisten angehören und sie wird sich über ganz Italien ausbreiten. Der Ausgang des Kampfes der Regierung gegen das Volk läßt sich nicht übersehen, aber daß die Regierungsgewalt aus diesem Kampfe gestärkt hervorgehen werde, wird Niemand zu behaupten wagen. Die Auflösung der Arbeitervereine erfolgte in 35 Provinzen des Festlandes; in den übrigen Provinzen bestanden keine Sektionen der italienischen Arbeiterpartei. Einige Gesellschaften, die den Nachweis erbrachten, daß die Arbeiterpartei im Gegensaße zum wahren Sachverhalt ihre Zugehörigkeit zu der Partei angemeldet hatten, wurden nicht aufgelöst. Andere Gesellschaften wurden nur verwahrt. Unter den beschlagnahmten Dokumenten wurde auch, wie offiziös verbreitet wird, das jüngste Circular gefunden, welches die Arbeiterpartei an die Chefs der Sektionen gerichtet hatte und in welchem dieselben aufgefordert wurden, dies Circular den Mitgliedern der Gesellschaft nicht mitzutheilen; weiter wurde ihnen darin gerathen, den Konsequenzen der letzten Gesetze über die öffentliche Sicherheit aus dem Wege zu gehen; auch wurden sie „zum Widerstande gegen die bestehenden Gewalten aufgereizt“. Die Gesamtzahl der aufgelösten Vereine beträgt 271, die insgesammt der Partei der italienischen Arbeiter angehörten.

Frankreich.

Eine merkwürdige Nachricht meldet das „Hirsch-L.-B.“ aus Paris:

„In parlamentarischen Kreisen scheint man durch das feste Auftreten der Sozialisten, die ihren baldigen Sieg im ganzen Lande ankündigen, sehr beunruhigt zu sein. Man befürchtet, daß die Landbewohner, die bis jetzt den sozialistischen Ideen Widerstand geleistet, nunmehr nachgeben werden und zeigt sich sehr geneigt, den Sozialisten Konzessionen zu machen, um sie zu beschwichtigen.“

Die machtvollen Fortschritte der sozialistischen Bewegung, bemerkt hierzu die „Leipz. Volksztg.“, liegen klar vor Augen, und die Einigung, die seit dem Kongreß von Marseille (1892) und namentlich seit der gemeinsamen parlamentarischen Thätigkeit und der gemeinsamen Verfolgung wenigstens in den Hauptfragen die sozialistischen Parteien verbindet, hat den sozialistischen Ideen den fruchtbarsten Boden im Volke verschafft. Das neue von dem Kongreß der Arbeiterpartei in Nantes angenommene Programm zur Agrarfrage hat nun die Bahn auf das Land eröffnet. Die Stütze des kapitalistischen Systems, der Pargellenbauer, hat alle schönen Versprechungen der herrschenden Parteien und Regierungen lange gläubig hingenommen, um dafür getäuscht, ausgebeutet, bestohlen zu werden. Nach dem Mißlingen der boulangistischen Bewegung, die wie die antisemitische in Deutschland in Illusionen und unklaren Versuchen die Rettung suchte, schien die kapitalistische Sippe, die Frankreichs Schweiß in Form von Gold einsackte, wieder Ruhe zu haben. Den Bauern schreckte die Angst vor den „Theilern“, die Sorge um sein kleines Besitztum vom Sozialismus ab. Der Kongreß von Nantes hat diese Sorge beseitigt. Er hat gezeigt, daß der Kapitalismus den Bauernstand verzehrt, aber der Sozialismus ihm sofort Linderung eines Elends, künftig in freier Vereinigung den vollen und reichen Ertrag seiner Arbeit gewährleistet. Das hat die Bauern beruhigt. Und jetzt zittert die Ausbeutersippe vor der sozialistischen Bewegung, die mit dem Zutreten der Bauern eine wirkliche Volksbewegung wird. Sie zittert — und denkt an Zugeständnisse. Denn wo bleibt die Kraft zum Widerstand, nun der Bauer sie verläßt?

Belgien.

Frauenstimmrecht. Ein Theil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft, äußert sich jetzt in der belgischen Regierung. Diese will zur Sicherung ihrer Herrschaft und zum Zwecke der Verminderung der sozialistischen Mandate den Frauen das Stimmrecht gewähren, in der Erwartung, daß die Frauen unter dem Einflusse der Priester stets in überwiegender Mehrzahl für die kirchlichen Kandidaten stimmen werden.

Die „Indep. Belge“ meldet, daß im Laufe der kommenden Session mehrere Anträge in der Kammer gestellt werden sollen, welche die Verleihung gewisser politischer Rechte an die Frauen betreffen. Die Sozialisten werden die Vorlage befürworten.

Die Ultramontanen für die politischen Rechte der Frauen eintreten zu sehen, ist ein Schauspiel, wie es selten vergönnt ist zu schauen. Man ersieht aber hieraus, wie die bürgerlichen Parteien lediglich aus Gründen des momentanen Vorteils handeln. Unseren belgischen Parteigenossen dürfte ja diese Erweiterung des Wahlrechtes für den Augenblick einen Verlust einiger Mandate einbringen. Wer aber zuletzt lacht, lacht am besten, und das werden auch in diesem Falle wir sein. —

Lübeck und Umgebung.

20. Oktober.

Vor dem Seemannsamte erfolgten im Jahre 1893 738 Anmusterungen und Nachmusterungen, 776 Abmusterungen. Es wurden 38 neue Mustervollen und 30 Anhänge oder Veränderungen vorhandener Mustervollen ausgefertigt, 126 Seefahrtsbücher ausgegeben. Unter den Angemusterten befanden sich 19 Schiffsjungen, welche noch nicht Kauffahrtschiffen gefahren hatte. Die mittlere monatliche Heuer der Vollmatrosen betrug auf Segelschiffen 42 Mk. 50 Pfg., auf Dampfschiffen 49 Mk. 79 Pfg. Zur Kenntniß des Seemannsamtes kamen 7 Fälle von Entweichung von Seeleuten; sie betrafen 2 Matrosen, 1 Leichtmatrosen, 1 Jungmann, 1 Koch und 2 Heizer. Durch Abänderungen der Deutschen Wehrordnung wurde der Erlaß von neuen Bestimmungen über An- und Abmusterungen von Militärpflichtigen erforderlich. Die neuen Bestimmungen wurden dem Seemannsamte zur Nachachtung mitgeteilt. Ueber die Ausführbarkeit eines beim Reichskanzler eingereichten Antrages des Kaiserlichen Yachtclubs zu Kiel, betreffend die Befreiung der Luftfahrzeuge (in dem Bericht über die Städtischen Gemeindeanstalten steht „Luftfahrzeuge“) von den Vorschriften über die Musterung der Schiffsmannschaft vor den Seemannsämtern, wurde dem Senate Bericht erstattet. Später wurden Abdrücke der deswegen erlassenen Verordnung dem Seemannsamte übermittelt. Ebenso wurden über eine beim Reichskanzler eingegangene Beschwerde eines Hamburger Maschinenklubs, betreffend Anmusterung eines ausländischen Maschinenisten auf einem in ausländischen Gewässern fahrenden Lübeckischen Schiffe Ermittlungen angestellt und dem Senat berichtet. — Der im Jahre 1892 mit der interimistischen Führung der Geschäfte des Seemannsamtes betraute Kapitän a. D. Wendfeldt führte diese Geschäfte auch während des Jahres 1893 fort. Das Seemannsamt wurde im Laufe des Jahres vier Mal revidirt.

Strandamt. Dem Strandamt wurden eingeliefert: ein von einem Fischer in der Travemünder Bucht aufgefundenes Faß und eine von einem Arbeiter im unteren Travemünder Revier aufgefundene Schiffsleiter. Der Inhalt des ersteren wurde, da er sich als verdorben erwies, mit Genehmigung des Nebenzolamtes zu Travemünde vernichtet. Die Schiffsleiter wurde, da durch das Aufgebotsverfahren der Eigenthümer nicht zu ermitteln war, dem Finder zugesprochen.

Eine in einem Miethsvertrage enthaltene Bestimmung, daß ein an sich unzuständiges Gericht über die aus diesem Vertrag entstehenden Streitigkeiten zuständig sein sollte, bildet nach einem Urtheil des Reichsgerichts, IV. Civilsenats, ein selbstständiges, von dem Miethsvertrage verschiedenes stempelpflichtiges Rechtsgeschäft im Sinne der Ziffer 1 des Stempelgesetzes zu dem Preussischen Stempelsteuergesetz vom 7. März 1822.

Eine schlimme Hausfrauengewohnheit. Es giebt Hausfrauen, die, wie die „Hygienische Korrespondenz“ treffend bemerkt, es für eine ihrer vornehmsten Pflichten halten, täglich 1, 2 oder auch 3 Mal Staub zu wischen, worunter sie verstehen, mit einem Tuch über alle Möbel zu fahren und das staubgefüllte Tuch dann aus dem Fenster zu schütteln. Sie schlagen damit drei Fliegen mit einer Klappe: sie wirbeln in der Wohnung Staub auf, sie schütteln den unter ihnen Wohnenden Staub durch die Fenster in die Zimmer und beglücken außerdem die Passanten in der Straße damit; wie gesund das Einathmen einer derartig verdorbenen Luft ist, dürfte doch heute ziemlich bekannt sein. Etwas aufgeklärtere Hausfrauen sind wenigstens in der eigenen Wohnung vorsichtig und nehmen den Staub auf den Möbeln möglichst sorgsam auf, sich hütend, ihn aufzuwirbeln, aber das Ausschütteln des Staubtuches durchs Fenster können auch sie nicht lassen. Nicht wenige Frauen sind aber noch soweit zurück, daß sie Nippfassen, Porzells, Wäfen, Büsten u. mit dem Federwisch abstauben, was ungefähr heißt, den Teufel mit Beelzebub austreiben. Dieser ganz und gar gesundheitswidrigen Ausstauberei hat man bisher von Seite der Hygieniker viel zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet, darum wollen wir an dieser Stelle wenigstens die Frauen auf ihre unter Umständen verhängnisvolle Gewohnheit aufmerksam machen. Das Abstauben soll nur mit wollenen, reichlich großen Tüchern geschehen, die

den Staub festhalten und gleich ausgeklopft werden müssen. Das Ausklopfen lasse man im Hof gleichzeitig mit dem Teppichklopfen besorgen. Immerhin ist auch das noch nicht das hygienische Ideal; besser wäre es, man würde die Erfindung eines französischen Technikers allen Familien zugänglich machen, die darin besteht, daß durch eine Saugspitze, die man über die Möbel u. hält, die Staubtheilchen aufgefogen und unschädlich gemacht werden. Für die deutschen Techniker wäre es eine dankbare Aufgabe, ein brauchbares, billiges und leicht zu handhabendes Instrument dieser Art zu schaffen; das französische ist noch zu theuer und zu kompliziert. Jede denkende Frau müßte es im Interesse ihrer und der ihrigen Gesundheit begrüßen, wenn sie der unangenehmen Aufgabe überhoben werden könnten, durch Staubwolken sich und anderen Leuten die Luft zu verderben.

Das Staatsbürgerrecht und die Staatsangehörigkeit im Jahre 1893. Zu Lübeckischen Staatsbürgern wurden angenommen 129 Personen von denen 123 in der Stadt und den Vorstädten, 6 in den Landgemeinden wohnten. Unter den Angenommenen waren 92, die erst unmittelbar vor der Annahme die Lübeckische Staatsangehörigkeit erworben hatten. — Staatsangehörigkeit. Es wurden ertheilt 112 Aufnahme- Urkunden (92 an Familien und 20 an einzelne Personen), 10 Naturalisations- Urkunden (7 an Familien und 3 an einzelne Personen) und 8 Entlassungs- Urkunden (6 an Familien und 2 an einzelne Personen). 5 Personen erwarben die Staatsangehörigkeit durch Anstellung im Lübeckischen Staatsdienste. Die Aufnahme- Urkunden erstreckten sich mit Einschluß der Familienglieder auf 416 Personen, die Naturalisations- Urkunden auf 28 Personen, die Entlassungs- Urkunden auf 18 Personen. Unter den aufgenommenen Personen waren 184 Preußen, 87 Mecklenburger- Schweriner, 71 Mecklenburger- Strelitzer, 23 Döbener, 13 Sachsen, 12 Hamburger, 12 Braunschweiger, 2 Bayern, 6 Personen, die vorher dem Sachsen-Weimarischen und 4 Personen, die dem Meißnischen Staatsverband angehört hatten. 2 Personen hatten früher die Lübeckische Staatsangehörigkeit besessen und diese durch langjährigen Aufenthalt im Auslande verloren, eine andere Staatsangehörigkeit aber nicht erworben. Denselben ist, nachdem sie in Lübeck wieder ihren Wohnsitz genommen hatten, die Wiedereinnahme gewährt worden. Von den Naturalisirten hatten 9 Personen vorher die Schwedische, 6 die Dänische, 4 die Schweizerische, 3 die Russische Staatsangehörigkeit inne, 7 Personen hatten ihre frühere Staatsangehörigkeit durch langjährige Abwesenheit aus ihrem Heimathlande verloren. Von den entlassenen Personen nahmen 2 ihren Aufenthalt in Hamburg, 7 in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, 1 in Holland, 8 in Rußland.

Ueber das Zünngesewese in Lübeck berichtet das Stadt- und Landamt wie folgt: In dem Bestande der 18 reorganisirten Zünngen ist im Jahre 1892 keine Veränderung eingetreten. Von 2 Zünngen wurde eine Aenderung des Zünngesetzes vorgenommen. Mehrere Zünngen erzielten Nebenstatuten, welche die Krankenversicherung der Lehrlinge zum Gegenstand haben. Nach Verhandlungen mit den Vorständen beschriftete das Stadt- und Landamt bei der höheren Verwaltungsbehörde deren Genehmigung. Das Recht zur ausschließlichen Annahme von Lehrlingen (§ 100 e, § 100 f Gewerbe-Ordnung) besitzen die Zünngen der Barbier, Friseur und Perückenmacher, der Schuhmacher, der Schmiede, der Schlosser, der Wäcker, der Tischler, der Schneider, der Wäcker, der Drechsler und Fagengossen und die Bauhilfen. Seitens 3 dieser Zünngen wurde Anzeige wider je einen den Zünngen nicht angehörigenden Gewerbetreibenden gemacht, weil sie gegen das Verbot Lehrlinge beschäftigten. In einem Falle wurde die Angelegenheit durch den Eintritt des Gewerbetreibenden in die Zünngung erledigt. In den beiden anderen Fällen wurde den Zünngsvorständen anheimgegeben, die Sache bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige zu bringen. Auf die Anzeige der Ober-Schulbehörde, daß Lehrlinge von Zünngsmeistern die Gewerbeschule nicht regelmäßig besuchten, mußten die Vorstände zweier Zünngen und mehrere Zünngsmeister zur Einhaltung der bestehenden Vorschriften angehalten werden. Den Gesellen- und Meisterprüfungen wohnten Vertreter des Stadt- und Landamtes mehrfach bei. Von drei Zünngen wurden Anträge auf Weiterleitung rückständiger Beiträge und Strafgebühren mitgeteilt. 30 Vorstandswahlen wurden von den Zünngen vorgenommen. In 16 Fällen wurden bisherige Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Puffschiedepreisen. Der Prüfung vor der vom Staate bestellten Prüfungskommission unterzogen sich an vier Prüfungsterminen 16 Prüflinge, von denen 4 außerhalb des Lübeckischen Staatsgebietes wohnhaft waren. Die Prüflinge bestanden sämtlich die Prüfung und erhielten Befähigungszeugnisse. Im Jahre 1892 hatten 14 Prüflinge von denen 8 ihren Wohnsitz außerhalb des Lübeckischen Staatsgebietes hatten, das Befähigungszeugnis erhalten. Auf Antrag des Vorstandes der Zünngung der Schmiede wurde einem Schmied, welcher das Fußbeschlaggewerbe unbefugter Weise ansahnte, die Ausübung desselben untersagt.

Zu Geschworenen für die diesjährige zweite Schwurgerichtssperiode wurden ausgedost: Gasthofbesitzer Weidemann-Phrenshoef, Postsekretär von Janowsky-Lübeck, Kaufmann F. A. Koch-Lübeck, Hofner H. Wittern-Hassendorf, Kaufmann Ed. Fr. Ewers-Lübeck, Kaufmann F. P. Erasmi-Lübeck, Revierförster Fr. von Großheim-Rücknitz, Kaufmann und Vize-Konsul P. A. Mann, Kaufmann S. H. Brüggel-Lübeck, Rentner Waltherr-Neudorf, Kaufmann W. Eichenfeld-Lübeck, Kaufmann S. A. Kirchner-Lübeck, Architekt W. S. Ritscher-Lübeck, Privatier Wrahaam-Lübeck, Architekt J. Grube-Lübeck, Werftdirektor Brückmann-Lübeck, Kaufmann L. Ch. A. Dellien-Lübeck, Kaufmann P. S. A. Meßtorf-Lübeck, Kaufmann Joh. Janusz-Gutin, Hofner Fr. Kühn-Cirau, Rentier H. R. G. Wibel-Lübeck, Ingenieur Schürer-Lübeck, Hofbesitzer Thorm-Rodensande, Erbpächter Grage-Bast, Kaufmann L. W. K. Franck-Lübeck, Hofner H. Roepert-Ratekau, Kaufmann F. K. Sauermann-Lübeck, Kaufmann R. Hartung-Lübeck, Fabrikant Thomsen-Vorwerk-Trems.

Geheimnisse zwischen Arzt und Patienten. In Bezug auf § 300 des Strafgesetzbuches, wonach Ärzte u., wenn sie unbefugt Privatgeheimnisse offenbaren, die ihnen kraft ihres Standes anvertraut sind, mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder mit Gefängniß bis zu 3 Monaten bestraft werden, hat das Reichsgericht, IV. Strafsenat, durch Urtheil vom 26. Juni 1894 ausgesprochen, daß als ein „anvertrautes Privatgeheimniß“ jede Thatsache zu erachten ist, deren Geheimhaltung, wie der Arzt sich sagen muß, im Interesse der ihn konsultirenden Person liegt. Als „Offenbarung“ derartiger Privatgeheimnisse ist jede Mittheilung an einen Andern zu erachten, und sie ist auch dann strafbar, wenn sie sich auf Thatsachen bezieht, welche in ungenauer Form bereits in der Öffentlichkeit gedungen sind. — Ein Arzt hatte auf Verlangen der Ehefrau E. deren Körper zur Konstatirung der ihr angeblich von ihrem Ehemann zugefügten Mißhandlungen untersucht, und die E. hatte vor und nach der Untersuchung anderen Personen erzählt, daß und wie sie von ihrem Ehemann mißhandelt worden. Später machte der Arzt dritten Personen auf deren Befragen nach der Richtigkeit des der Mißhandlung der E. betreffenden Gerüdes Mittheilungen über die Ergebnisse der von ihm vorgenommenen Untersuchung. Der Arzt wurde

von der Strafkammer aus § 300 Str.-G.-B. verurtheilt, und seine Revision wurde vom Reichsgericht verworfen, indem es begründend ausführte: „Ist es auch richtig, daß man nicht Etwas offenbaren kann, was schon allgemein bekannt ist, so handelt es sich hier doch um Dinge, die authentisch noch nicht in der Öffentlichkeit gedungen waren, insbesondere um die Ergebnisse der Untersuchung, also um Thatsachen, die nicht allgemein bekannt sein konnten und bekannt waren. Der Begriff des „Offenbarens“, der nach der Entstehungsgeschichte des Paragraphen an die Stelle des Anfangs beabsichtigten Ausdrucks „Veröffentlichung“ getreten ist, wird durch jede Mittheilung an einen Andern erfüllt. Ein Geheimniß ist dem Arzt anvertraut, wenn ihm bei der Ausübung seines Berufs Thatsachen bekannt werden, deren Geheimhaltung, wie er sich sagen muß, im Interesse der konsultirenden Person liegt. Wollte der Angeklagte auf den Umstand, daß das eheliche Verhältniß der E. Eheleute allgemein bekannt gewesen, seinen Stand begründet haben, daß ihm geheim zu haltende Thatsachen nicht anvertraut gewesen seien, so würde er sich in einem Irrthum befinden haben, der ihm, da er das Verhältniß des § 300 Str.-G.-B. betraf, gemäß § 59 Str.-G.-B. nicht zu gute kommen würde.“

Der Vergleich zwischen der Allgemeinen Straßenbahn-Gesellschaft in Berlin und den Anwohnern der Kraftstation in der Braunstraße, nach welchem die Gesellschaft die beiden an die Kraftstation grenzenden Häuser käuflich erworben hat, ist, wie die „Berliner Börsen-Zeitung“ meldet, nun aus gewissen Gründen zu Stande gekommen. Die Straßenbahn-Gesellschaft, so schreibt das Blatt, wird in Lübeck von maßgebender Seite gedrängt, das Lübecker Unternehmen zu vergrößern; dazu ist aber die Kraftstation in ihrem jetzigen Zustande zu klein. Wenn nur bei einer Vergrößerung sich nicht noch mehr Nachbarn melden.

Die Schifffahrt geht, nach dem „H. F.“, auch in Mecklenburg immer mehr zurück. So hat sich die Zahl der Rostocker Schiffe in drei Jahren um 42 verringert, und während die dortige Flotte 1885 eine Besatzung von 3249 Mann hatte, zählte sie im vorigen Jahre nur noch 1983 Mann. In Wismar ist seit 1890 die Besatzung von 306 auf 127 Mann herabgesunken. Die jungen Leute erwählen einen anderen Lebensberuf, weil die Segel-Schifffahrt gegen früher nicht mehr lohnend ist.

Arbeiterrißto. Letz. Donnerstag Morgen vor dem Morgenzuge auf hiesiger Bahn fanden Bahnarbeiter die Leiche des Bahnwärters Heinrich Nielsen an der Nordseite des Bahnhofs, den Kopf nur wenige Zoll von der Norderschiene entfernt. Er war am Nachmittag vorher mit dem Zuge nach Lindholm gefahren, und, wie er pflegte, zu Fuß zurückgepölgert. Allem Anschein nach ist er durch den letzten Zug getödtet worden. Die Hirnschale war ihm zerschmettert, so daß wahrscheinlich der Tod sofort eingetreten ist. Er hinterläßt eine Frau mit fünf unconfirmirten Kindern.

Stadttheater. Bekanntlich ist es Herrn Direktor Erdmann-Resnik gelungen, den Wagnerfänger Max Alvary vom Hamburger Stadttheater für ein einmaliges Gastspiel zu gewinnen. Alvary war noch nie in Lübeck. Der Künstler tritt als Tamnhäuser am Donnerstag, den ersten November auf. — Die Preise der Plätze mußten der hohen Kosten wegen erhöht werden. Villetbestellungen nimmt die Theaterkasse jetzt schon entgegen.

Ein jugendlicher Dieb. Ein Portemonnaie mit 70 Mark Inhalt in Gold wurde einem in der Cronsförder Allee wohnenden Höker und Maurer am 20. d. Mts. aus seiner Ladentasse gestohlen. Der Verda't fiel sofort auf einen achtjährigen Knaben, welcher an diesem Tage allein im Laden gewesen war. Als nun am nächsten Tage der Höker bei ihm ein Zehnmarkstück wechselte, ging der Höker in die Schule des Knaben und dort wurde denn auch bei letzterem das Portemonnaie mit noch annähernd 50 Mark vorgefunden. Ein 20-Markstück hatte der Knabe seiner Mutter mit dem Bemerkten, es in der Cronsförder Allee gefunden zu haben, gegeben. Untersuchung ist gegen den Knaben eingeleitet.

Ueber den Verbleib des Rekruten P. ist bis jetzt noch nichts Bestimmtes ermittelt. Im Krähentheil wurde von einem Bote aus nach P. gefischt, aber nichts gefunden. Man darf umso mehr über den Verbleib des P. gespannt sein, als auch schon gestern verlautete, daß er an der französischen Grenze aufgegriffen sei. Das Letztere ist wohl kaum anzunehmen, da P. mittellos war und nicht so schnell vorwärts konnte.

An den Verletzungen gestorben. Die am Sonnabend Morgen von der Straßenbahn überfahrene Frau ist nicht nur, wie es den Anschein hatte, leicht verletzt; sie hatte vielmehr einen Rippenbruch bei dem Falle erlitten und ist bereits am Sonnabend Nachmittag gegen 2 Uhr an den erlittenen Verletzungen gestorben. Die Verstorbene war die im „Illhorn Stift“ wohnende 77 Jahre alte Wittwe Tach. Dies ist der zweite Todesfall, welcher neben einer ganzen Reihe von schweren und leichteren Unglücksfällen zu verzeichnen ist. In beiden Fällen, wo der Tod eintrat, soll die Wagenführer kein Verschulden treffen. In diesem letzten Falle dürfte eine Untersuchung weitere Aufklärung geben. Die Frage, ob nicht an den Wagen praktische Schutzvorrichtungen anzubringen sind, tritt immer mehr in den Vordergrund. Man darf wohl erwarten, daß von Seiten der Behörde Vorschriften zur größeren Sicherheit des auf der Straße verkehrenden Publikums erlassen werden.

Öffentliche Sitzung des Schiedsgerichts für das Geschäftsbereich der Baudeputation Am 12. November 1892 zog sich der Arbeiter R. beim Seilbau durch die Ramme eine Verletzung der rechten Hand zu, so daß es ihm nicht mehr möglich war, zu arbeiten. Am 12. Juli 1893 wurden ihm 66% Prozent der Vollrente zugewilligt. Hiergegen legte R. Berufung ein und verlangte, da er vollständig erwerbsunfähig ist, die ihm zustehende Vollrente. Das Schiedsgericht erkennt dem R. auch die Vollrente in der Höhe von 480 Mark jährlich zu. — Ebenfalls bei der Ramme war der Arbeiter G. am 11. November 1892 zu Schaden gekommen, und zwar erlitt er einen Rippenbruch. Bis zum Mai 1893 erhielt er die Vollrente von 480 Mark jährlich. Später nahm er infolge eines ärztlichen Gutachtens die Arbeit wieder auf. Er konnte jedoch schwere Arbeiten nicht mehr verrichten und wurde daher von

der Baudeputation entlassen. G. klagte gleich nach dem Unfall über heftige Schmerzen und warf häufig Blut aus. Am 9. August verstarb G. und wurde mit Genehmigung der Ww. und der Baudeputation die Leiche behufs Feststellung der Todesursache geöffnet. Die untersuchenden Aerzte führten als Todesursache einen Krebschaden der Speiseröhre an. Mit dem Unfall stand, nach dem Gutachten der Aerzte, der Tod des G. in keinem Zusammenhange, da ein Krebschaden nicht auf einen Stoß oder Fall zurückgeführt werden könne. Der Antrag der Wittve des Verstorbenen auf Gewährung der Rente, wurde aus diesen Gründen abgewiesen. Die Wittve hat gegen diesen Bescheid Berufung eingelegt und verlangt die nach dem Gesetz zustehende Wittvenrente. Desgleichen erhebt der Vormund des unmündigen Sohnes Anspruch auf die demselben zustehende Rente. Das Schiedsgericht weist jedoch aus dem schon angegebenen Grunde beide Anträge zurück.

Zehnpfennerei. Zwei schwedische Matrosen, welche am Freitag Nachmittag in einer Wirthschaft an der Untertrave ihre Beche nicht lezählten konnten, wurden dem Gefängniß übergeben.

Strafkammer. Sitzung vom 27. Oktober. Einen Mitschöpf hat der schon vielfach wegen Körperverletzung — einmal mit tödtlichem Ausgang; zu 10 Jahren Zuchthaus — vorbestrafte Arbeiter K. seiner Frau auf dem Kopfe entzweigeschlagen. Das Schöffengericht verurtheilt ihn in Anbetracht seiner Vorstrafen zu 3 Monaten Gefängniß. K. hat gegen dieses Urtheil, da ihm die Strafe zu hoch erschien, Berufung eingelegt. Er benimmt sich heute vor Gericht ziemlich ungebührlich und wird nach wiederholten Mahnungen des Vorsitzenden, weil er im Gerichtssaal seine Mäße aufgesetzt und auf eine Zurechtweisung abermals eine ungebührliche Antwort gegeben hatte, auf Antrag des Staatsanwaltes in eine sofort zu vollstreckende 3-tägige Haftstrafe verurtheilt. Seine Berufung wird verworfen. — Zu 6 Wochen Haft wurde der Maurer B. aus Krummsee vom Schöffengericht verurtheilt. Da vom Staatsanwalt 4 Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde beantragt war, erklärte B., er werde, weil nicht auf die beantragte Strafe erkannt sei, Berufung einlegen. In der heutigen Verhandlung erklärte er jedoch, daß ihm die erkannte Strafe zu hoch sei. Seine Berufung wird verworfen. — Zwei Tischler, welche wegen Betheils zu Haftstrafen und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurtheilt sind, haben ebenfalls Berufung eingelegt. Dieselbe wird aber verworfen.

Hamburg. Wegen Beleidigung des Direktors der Wandsbeker Bank, Jung, wurde der Redakteur des „Hamburger Echo“, Genosse C. Heine, vom hiesigen Schöffengericht zu 200 Mk. Geldstrafe verurtheilt.

Auch in Bremen ist die Einfuhr von Vieh verboten. Dasselbe wird auch aus Hamburg gemeldet. Die Verordnungen erregen die Gemüther auf's Heftigste, weil eine erhebliche Preissteigerung des Fleisches durchaus nicht ausbleiben wird. Wie werden sich die Agrarier nun in's Fäufchen lachen.

Glensburg. Menschenhandel. In welcher, aller Moral hochsprachenden Weise noch Menschen „im Lande der Gottesfurcht und frommen Sitte“ verschachtet werden, davon liefert eine Anzeige in den „Nachrichten“ einen deutlichen und klaren Beweis: „Mädchen, Groß- und Kleinknechte, Dienstjungen, Arbeiterfamilien u. s. w., stellt in tüchtigen Leuten anerkannt billigt. (Atteste zur Verfügung.) Feldmanns Centralmietzbureau, Krakow, Mecklenburg.“ Unseres Erachtens könnte es nicht schaden, daß Verkäufer sowie Käufer von Arbeiterfamilien auch einmal auf längere Zeit als „anerkannt billigt“ verkauft würden, damit dieselben wenigstens einsehen lernten, was es heißt, sich als Mensch zu „anerkannt billigen Preisen“ verschachern zu lassen.

Stadttheater.

„Kabale und Liebe“, bürgerliches Trauerspiel. Am Sonnabend wurde zu halben Preisen Schiller's ewig-junges Trauerspiel „Kabale und Liebe“ gegeben. Der Kampf der Standesunterschiede zwischen Adel und Bürgerthum, der Aufklärungsgeist am Ende des vorigen Jahrhunderts pulst sehr warm in dem Trauerspiel. Und gerade deshalb, weil es in den politischen Zuständen seiner Zeit fußt, wird dieses Werk Schiller's nimmer verschwinden. Jeder halbwegs Gebildete kennt „Kabale und Liebe“; es bleibt uns daher nur übrig, über die Darstellung und über die Auslegung, die jede einzelne Rolle gefunden hatte, zu referiren. Der Brausekopf Ferdinand, Sohn des Präsidenten, der sich über die Schranken der Standesunterschiede hinwegsetzen will — Liebe kennt kein Gebot — lag bei Herrn Dr. Senger in bewährten guten Händen. Die Luise Millerin wurde von Fräulein Wiede mit einer Lob verdienenenden Natürlichkeit gegeben. Wir hätten vielleicht nur anzusehen, daß Fräulein Wiede zuweilen die grenzenlose, schwärmerische Zuneigung zu dem an Stand höherstehenden Geliebten hätte innerlich mehr vertiefen sollen; unbedingt würde dadurch das Spiel gewinnen. Die Eheleute Miller hatte in Herrn Siebert und Frau Stromer-Bajis würdige Vertreter gefunden. Daß die Regie „Miller“ bei der letzten Szene „in der Verfertigung“ verschwinden ließ, bedauern wir auf's Höchste. Der Schluß wurde dadurch recht bedenklich abgeschwächt. Eine Musterleistung bot Herr Schöneberger als Präsident Waltherr. Der Streber nach Glanz, der keine Mittel — und mögen es auch die unsaubersten sein — scheut, um zum Ziele zu gelangen, hätte sich einen besseren Interpreten nicht wünschen können. Der Kriecher Wurm, der auf seinen Vorgesetzten unheilvoll einwirkt, wurde von Herrn Kunze vortrefflich gegeben. Vielleicht hätte eine ältere Maske gewählt werden können. Der Marschall von Rals des Herrn Deutschmann, sowie die Lady Milord des Fr. Drtry verdienen alles Lob. Im Ganzen genommen schwebte über Vorstellung am Sonnabend ein glücklicher Stern; man kargte daher auch nicht mit Beifall.

Neueste Nachrichten.

Der Ministerwechsel in Berlin. Sicherem Vernehmen nach, so meldet die „Kölnische Volksztg.“, nahm Fürst Hohenlohe gestern Vormittag den Ruf als Reichskanzler und preussischer Ministerpräsident an. v. Bülow nahm das Ministerium des Innern an. Die offizielle

Ernennung ist voraussichtlich im Laufe des gestrigen Abends erfolgt. v. Köller übernimmt vermutlich bereits heute die Geschäfte. Weiter meldet dasselbe Blatt aus Straßburg: Soeben traf die Nachricht hier ein, daß der Stadthalter Fürst Hohenlohe heute Morgen das Amt des Reichskanzlers und das des preussischen Minister-Präsidenten angenommen habe.

Aus Nah und Fern.

Berlin. Selbstmordversuch eines Rekruten. Am Dienstag-Morgen um 4 1/2 Uhr, kurz vor dem Wecken, während in der Kaserne des vierten Garde-Regiments zu Fuß noch Alles im Schlafe lag, fühlte ein Grenadier, dessen Bett neben demjenigen des Rekruten Fröbe steht, daß sich ein heißer Blutstrahl über ihn ergoß. Er wurde dadurch wach und gewahrte, daß Fröbe, der aus Langensalza stammt, und erst in diesem Monat eingestellt worden ist, ein Rasirmesser in der Hand hielt, mit dem er sich einen tiefen Schnitt in die linke Seite des Halses beigebracht hatte. Der ihn behandelnde Stabsarzt hat, trotz des sehr bedenklichen Zustandes des Soldaten, die Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Die Beweggründe zu der schaurigen That sind noch nicht ergründet worden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Familien-Nachrichten.

Verlobte:
Helene Wiechert
Friedrich Evers
Schlutup. Hensfeld.

Geschäfts-Anzeigen.

Gegen Husten und Heiserkeit

Lakritzen, Salmiak-, Sodener und Emser Pastillen, Malz-, Zwiebel- u. Stollwerk'sche Bonbons in bester Waare bei **Ferd. Kayser**, Farb. u. Drogen, Breitestr. 81.

Die Butterhandlung zur Krone,
Markt 3 hier Kohlmarkt 12
nach Berliner Art gehandelt und als einzig alleiniges Special-Geschäft, offerirt zu den nur denkbar billigsten Preisen:
Butter, Eier, Speck, Schmalz, Braten- u. Backfett, sämtliche **Wurstwaren**, Corned-Beef in Dosen, auch im Ausschnitt, sowie 5 Sorten **Margarine**, von 45—80 Pf.
Käsesorten:
3 Sort. Schweizer, 2 Sort. Holländer, 4 Silster, echten Edamer, Romatour, Limburger, Garzer, Kränter-, Burg-, Bayr. Vierkäse, sowie noch weitere Käsesorten.
Sämtliche Waaren sende prompt und schnell ins Haus.
Bäcker, Conditoren, Hoteliers u. Wiederverkäufern berechne billigere Preise.
Ergebenst Die Obige.

Probefeste und Prospekte durch alle Buchhandlungen.
Soeben erscheint in 272 Lieferungen zu je 50 Pf. und in 17 Halbfranzbänden zu je 10 Mk.:
MEYERS
Fünfte, neubearbeitete u. vermehrte Auflage.
KONVERSATIONS
17,500 Seiten Text, 10,000 Abbildungen, Karten und Pläne
LEAKON
152 Chromotafeln und über 950 Bildertafeln u. Kartenbeilagen.
Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig u. Wien.
Bestellungen auf Meyer's Konversations-Lexikon nimmt jederzeit zu bequemen Bezugsbedingungen an die Buchhandlung von **Fr. Meyer & Co., Lübeck,** Gr. Altefährte 35/37.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 27. Oktober.
Der Schweinehandel verlief sehr flau. Zuführt wurden 1020 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preise: Verjandtschweine schwere 50—52 Mk., leichte 47—49 Mk., Sauen 38—46 Mk. und Ferkel 45—48 Mk. pr. 100 Pfd.

Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde

Angelommen:
Sonntag, den 28. Oktober.
4,30 U. B. D. Orion, Carion, von Kopenhagen in 12 Std.
6,30 U. B. D. Hansa, Stephan, von Altona in 72 Std.
6,50 U. B. D. Stella, Lindberg, von Gelle in 4 Tg.
6,50 U. B. D. Syblusten, Dellgreen, von Jylland in 24 Std.
7,30 U. B. Louise Julie, Adam, von Fehmarn in 1 Tg.
10,30 U. B. Emma, Schrey, von Altona in 10 Tg.
11,20 U. B. D. Eos, Schmidt, von Rostock.
4,30 U. B. D. Gellingsdr. Hansen, von Korför in 3 Tg.
4,12 U. B. D. Tania, Pawlus, von Hartpool in 6 Tg.
11,40 U. B. D. Almadia, Bendfeld, von Kolbing in 17 Std.
Montag, den 29. Oktober.
6,— U. B. D. J. P. Dillberg, Bergh, von Kopenhagen in 14 St.
8,30 U. B. D. Christof, Kerkul, von Flensburg in 6 Tg.
9,— U. B. D. Andreas, Gabbert, von Halmstad in 4 Tg.
9,— U. B. D. Eugenie Krohn, Janzen, von Newcastle in 3 Tg.
Abgegangen:
Sonntag, den 28. Oktober.
6,— U. B. D. Dornen, Holm, nach Nyfled.

7,30 U. B. D. Bore, Bestow, nach Stockholm.
7,40 U. B. D. Stralsund I, Meyer, nach Stettin.
7,50 U. B. D. Desterfjörn, Svensson, nach Gelle.
8,— U. B. D. Elita, Bierdorf, nach Altona.
9,05 U. B. D. Minna, Nyberg, nach Hanga.
10,50 U. B. D. Mantillus, Förster, nach St. Petersburg.
10,50 U. B. D. Orpheus, Weise, nach Königsberg.
3,40 U. B. D. Dora, Bremer, nach Memel.
4,30 U. B. D. Kant, Wulff, nach Königsberg.
5,20 U. B. D. Uranus, Sprungberg, nach Fehmarn.
6,20 U. B. D. Najaden, Hulken, nach Kopenhagen.
Montag, den 29. Oktober.

8,30 U. B. D. Pretiosa, Fick, nach Wismar.
8,30 U. B. D. Drei Gebrüder, Dittmer, nach Hohenwacht.
8,30 U. B. D. Christine, Andersen, nach Narhus.
9,— U. B. D. Trave, Meislahn, nach St. Petersburg.
Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 0,63 m. DSD., schwach.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Alpha ist am 27. d. Mts. von Neufahrwasser nach Königsberg abgedampft.
D. Zuzara ist am 27. d. Mts. von Wyborg auf hier abgedampft.
D. Alice Krohn ist am 27. d. Mts. in Nevol angekommen.
D. Storfürten ist am 27. d. Mts. von Gellingsfors auf hier abgedampft.
D. Behr Brase ist am 27. ds. Mts. von Hanga auf hier abgedampft.

KAROL KWEIL'S Nur acht mit Eisen-Schutzmarke **SEIFEN-EXTRACT**
Die beste trockene Seife in Pulverform Spart Reiben und schont alle Wäsche

Große öffentl. Volks-Versammlung

am Dienstag den 30. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, in den **Central-Hallen, Dankwartsgrube.**

Tages-Ordnung:
1. Die Tabacksteuer und deren Folgen. — (Referent: Reichstags-Abgeordneter Förster-Hamburg.)
2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

Die Buchdruckerei von **Friedr. Meyer & Co.**
Grosse Altefährte No. 35/37 empfiehlt sich zur **Anfertigung von Drucksachen** aller Art in sauberster Ausführung.

Berschließen von fetten Gänsen und Rauchfleisch am Mittwoch d. 31. Oktbr. 1894 auf dem **Neu! Zieh-Billard Neu!** 6 Schiffe für 50 Pfg. Hierzu ladet ergebenst ein **Georg Sahmann, Mühlenstr. 41.**

Stadttheater in Lübeck. Dienstag den 30. Oktober: 28. Abonnements-Vorstellung. 4. Serie: **Blau** Anfang 7 Uhr. Opernpreise. **Hänsel und Gretel.** **Cavalleria rusticana.** Mittwoch: (29. Abonnements-Vorstellung.) **Wohltäter der Menschheit.**

Vorläufige Anzeige. Donnerstag den 1. November 1894. Außer Abonnement. Anfang 7 Uhr. Erhöhte Preise. **Einmaliges Gastspiel des Großherz. Kammerjägers Hrn. Max Alvary** vom Stadttheater in Hamburg und **Frau Tauscher-Gadski** vom Stadttheater in Bremen. **Tannhäuser.** Tannhäuser — Herr Kammerjäger Alvary als Gast. Preise der Plätze: 1. Rang-Loge 7 Mk. 1. Rang-Balkon 6,50 Mk., 1. Parq. 4,50 Mk., 2. Rang-Balkon u. 2. Parq. 3 Mk., 2. R.-Loge 2,50 Mk., Parterre 1,50 Mk., 3. Rang 1 Mk., Gallerie 75 Pf.

Fahrplan der Eisenbahn-Züge. Gültig vom 1. Oktober 1894. **Lübeck—Hamburg.** Von Lübeck: 6,56, 8,15, (10,20 von Ahrensburg) 10,45, 1,05, 4,00, 6,57, 7,55, (9,40 von Ahrensburg) 9,15, 10,30. Von Hamburg: 7,30, 8,45, (9,20 nur bis Ahrensburg) 10,25, (12,05 nur bis Döbesloe) 1,45, 3,40, 5,40, 6,33, (8,45 nur bis Ahrensburg) 9,45, 11,20. Von Döbesloe nach Lübeck: 8,35, 9,30, 11,27, 2,48, 4,28, 6,36, 7,39, 10,51, 12,09. **Lübeck—Rüchen.** Von Lübeck: 8,24, 10,47, 1,32, 4,27, 8,27. Von Rüchen: 6,36, 8,54, 12,30, 3,00, 7,06, 9,55. Von Radeburg nach Lübeck: 7,09, 9,55, 1,04, 3,51, 7,43, 10,30. Von Rölln nach Lübeck: 6,57, 9,34, 12,53, 3,33, 7,31, 10,17. **Lübeck—Travemünde.** Von Lübeck: 7,55, 10,40, 2,00, 5,00, 8,30. Von Travemünde: 6,20, 9,03, 12,00, 3,05, 6,55. **Lübeck—Gutin.** Von Lübeck: 7,40, 10,02, 2,45, 6,00, 9,00. Von Gutin: 6,00, 9,07, 12,05, 4,15, 7,27. **Ahrensboeck-Gleschendorf.** Von Ahrensboeck: 7,40, 8,55, 10,10, 2,50, 4,05, 7,15, 9,00. Von Gleschendorf: 8,20, 9,35, 11,00, 3,35, 6,45, 8,00, 9,50. **Meklenburgische Friedrich-Franz-Bahn.** Von Lübeck nach Kleinen: 7,38, 10,05, 12,15, 5,15, 8,30. Von Kleinen nach Lübeck: 8,57, 11,12, 2,02, 6,44, 11,00. Von Schwerin nach Kleinen: 8,30, 10,48, 1,25, 6,18, 10,30. Von Wismar nach Kleinen: 8,23, 10,40, 1,20, 6,18, 9,30.

W. Simm empfiehlt garnierte Damen- und Kinder-Hüte ausnahmsweise billig. **16 Balauerfohr 16.** Uhren reinigen. 1,50, Federn einsetzen. 1,50, Uhrgläser 1. Qual. 0,30. **Aug. Büttner,** Uhrmacher, 76 Glockengießerstraße 76. Ein Partdie guten holsteinischen Käse Pfd. 20 Pf., 2 Pfd. 35 Pfg. **W. Westfeling,** Engelsgrube 30. Gute gelbfuchende **Magnum bonum** empfiehlt **F. Behrens, Marlesgrube 35.** **Va. Flohm-Geringe,** 5 und 10 Pfg., **H. Anshovis,** Pfd. 45 Pfg., **Holtz Käse,** Pfd. 20 und 25 Pfg., **Gilster,** 80 Pfg., **Holländ. u. Schweiz. Käse,** **Magdb. Sauerkohl, Salzgurken** und **Kronsbeeren** empfiehlt **A. Lewes, Blücherstraße 23.**

Öffentliche Versteigerung. Mittwoch den 1. Oktbr. 1894 werde ich Dankwartsgrube Nr. 47 auf Antrag eines Fabrikanten: **5 Garnituren, 10 Bettstellen** und andere Mobilien meistbietend verkaufen. **Auktionator W. Lohmann.** Weitere Sachen werden zur Auktion angenommen. Zu verkaufen wegen Mangel an Platz ein starker Federwagen, passend für Händler. **W. Tietz, Fadenburger Allee 53.** **Gesucht ein junger Knecht** für einen Gärtner. Zu erfr. bei Kaufmann Fischer, Gr. Burgstraße. **Eine Frau wünscht Beschäftigung im Nähen, Ausbessern von Wäsche und Stricken.** Pelzerstr. 25 a, 1. Et. **Herrn J. B.** zu seinem Geburtstage ein kräftiges Hoch! Ist seg? Wat segst Du? Wi küllt erst en'n brinten? **Verloren am Freitag Abend** von der Moisinger Allee 61 bis Fadenburger Allee 53 eine **Waage**, genannt Pfänder. Abzugeben gegen Belohnung **Fadenburger Allee 53.** **W. Tietz.** **2 Wohnungen, Straßenwärts, zu sofort zu vermieten.** **Johannisstr. 63.** **Logis für 2 junge Leute.** **Johannisstraße 63, 1. Etg.** **Heizbares Logis,** 1. Etage nach vorne, für 1 oder 2 junge Leute. **Engelswisch 55.**

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Frankfurt a. M., 24. Oktober.

3. Verhandlungstag. (Nachmittags-Sitzung.)

In der wieder eröffneten Diskussion ergreift das Wort Bebel zur Begründung des folgenden Antrages: Der Parteitag wolle erklären: Es ist die Pflicht der parlamentarischen Vertreter der Partei, wie im Reichstag, so in den Landtagen, Uebelstände und Ungerechtigkeiten, die in dem Klassencharakter des Staates wurzeln, der nur die politische Organisationsform für die Wahrung der Interessen der herrschenden Klassen ist, mit aller Schärfe zu kritisieren und zu bekämpfen; es ist weiter Pflicht der Vertreter der Partei, alle geeigneten Mittel zu ergreifen, um bestehende Uebel zu beseitigen und andere Zustände im Sinne unseres Programms zu schaffen; da ferner die Regierungen als Leiter von Klassenstaaten die sozialdemokratischen Bestrebungen auf das Festigste bekämpfen und jedes Mittel, das ihnen zweckmäßig erscheint, ergreifen, um die Sozialdemokratie, wenn möglich, zu vernichten, so ist die notwendige Folge, daß die Vertreter der Partei in den Landtagen den Regierungen ein Zeichen des Vertrauens nicht geben können, und, da die Bewilligung des Gesamtbudgets als Vertrauensvotum gilt, in der Generalsitzung gegen das Budget zu stimmen haben.

Antick. Auer. Kronz. Bebel. Braunsdorf.
Gummel. Ewald. Geher. Grühl. Herbert. Jahn.
Kaden. Kasper. Kaudt. Koenen. Kiesel.
Liebknecht. Lütgenau. Lesche. Meiß. Martiffe.
Meyner. Mattutat. Pfarr. Pfannkuch.
Schulze-Coffebande. Singer. Slomke. Schulze-
Königsberg. Fr. Schütze. Timm. Werner. Wille.

Wenn mich Vollmar als den alten Geist bezeichnet hat, der gern die Sache auf die Spitze treibt, so erwidere ich, ich habe noch nie so ungern die Tribüne bestiegen, wie heute. „Wenn es nach der Berliner „Parteiregierung“ gegangen wäre, so wäre die Sache hier nicht zur Sprache gebracht worden. Wir im Vorstände haben uns bis zur Stunde vollständig objektiv verhalten. Ich habe sogar auf Anfragen direkt erklärt, ich äußere mich nicht zur Frage, weil ich vermeiden wollte, daß mir die Gegnerschaft als persönliche ausgelegt wird. Vollmar meinte, es sehe so aus, als wollte man den Bayern bloß wieder einmal einen Tritt versehen. Das ist bei mir nicht der Fall, ich müßte es als niederträchtige Beleidigung, welche man mir zufügen könnte, zurückweisen. Ich betrachte heute noch Vollmar als meinen Freund. Es liegen mir alle kleinlichen Absichten vollständig fern. Ich erkläre mich auch nicht für ein Mißtrauensvotum. Unsere Genossen in Bayern haben in Landtage ihre volle Schuldigkeit gethan. Wenn Vollmar meinte, unser Antrag spreche in seinem ersten Theil nur alte Wahrheiten aus, so haben wir sie ausgesprochen, gerade um zu zeigen, daß wir in diesen Fragen mit ihr übereinstimmen. Wenn ich auf dem Parteitag gewesen wäre, ich hätte auch für das Vertrauensvotum gestimmt. Die eine von mir mißbilligte Abstimmung in einem allerdings sehr wichtigen Punkte hätte mich nicht zu einem Nein veranlaßt. So ist es auch bei verschiedenen bayerischen Genossen gewesen, die

mit der Budgetbewilligung nicht einverstanden waren. Wir wollen nicht schablonisieren, aber das Prinzip muß gewahrt bleiben. Wir haben vorher dem Dr. Müdt ein Mißtrauensvotum gegeben; wir behandeln den Fall Stegmüller. Wenn es nach Vollmar ginge, dürfte Müdt alle möglichen Ungeschicklichkeiten und Programmverstöße machen, den Parteitag geht das nichts an, das ist Sache der bayerischen Landesvertretung. Wir wollen aber gegen Vollmar keine Anklage erheben: wir wollen nur sagen, in Zukunft soll die Taktik eine andere werden. Ich gebe zu, daß wir erst allmählich zu der Praxis gekommen sind, das Budget und die Ministergehälter zu verweigern. Im Reichstag hatten wir es nicht nötig, prinzipielle Erörterungen anzustellen, da war die Sache klar. Jetzt wollen wir die Sache prinzipiell erörtern und damit nicht die bayerischen Genossen angreifen, sondern eine allgemeine Richtschnur geben für die gesammte Partei. Die bayerischen Genossen haben dazu nur den Aufstoß gegeben. Vollmar sagt mit Recht: in Baden und Hessen ist das Gleiche geschehen. Bei uns wird es nur gerügt. Ich muß ihm antworten. Ich habe es nicht gewünscht, daß die Badenser und Hessen das Budget bewilligt haben. Ich hätte es auch von den bayerischen Genossen nicht erfahren, wenn nicht die Gegner darauf aufmerksam gemacht hätten. Wenn ich es gewünscht hätte, wäre ich genau so gegen die Badenser und Hessen vorgegangen. In unseren Landtagen ist so viel Gelegenheit zu prinzipieller Thätigkeit, daß sich die Gesammtheit damit befassen muß. Der Parteitag hat das heute in den Fällen Müdt und Stegmüller bewiesen, er wird es noch öfter beweisen müssen, wenn es gelingt, unsere Genossen auch in andere Landtage hineinzubringen. Was glauben Sie aber würde geschehen, wenn wir, gesetzt, daß wir einmal in den preussischen Landtag einzziehen, dort das Budget bewilligten. Welch ein Sturm der Entrüstung würde sich erheben. Was Vollmar von Bayern gelagt hat, trifft auch auf die Verhältnisse in den andern Einzelstaaten zu. Wir haben im Reichstag für die Aufbesserung der Gehälter der Postbeamten gesprochen, aber schließlich doch das Budget verweigert. Welche Partei genießt aber das größte Ansehen bei den untern Postbeamten? Die unsrige. In Bayern soll das eine gefährliche Taktik sein. Das ist eine künstliche Auffassung der Dinge, die sich nicht rechtfertigen läßt. Nach Vollmar kommt es nicht so sehr auf Ausbreitung des Programms, sondern auf Bauern- und Stimmenfang an. Wenn man bei Behandlung der Agrarfrage die praktischen Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen sollte, so werde ich dagegen stimmen. Wir haben schon bewiesen, in Pommern und Mecklenburg, daß wir das nicht nötig haben. Unwissender als der pommersche und mecklenburgische Tagelöhner ist der bayerische Bauer nicht. Wenn es bei der Agrarfrage heißen sollte: „Die Bauern her“, so werde ich Euch sagen: „Aber auch die Landarbeiter, die Dienstboten her!“ Prinzipielle Politik! Das ist die Hauptsache und wenn ich nur mit Opferung meines Intellekts Jemanden gewinnen kann, so lasse ich ihn lieber bei Seite liegen. Die Frage steht für uns so: Können wir mit der Verwaltung eines Staates so einverstanden sein, daß wir ihm die Mittel bewilligen können? Ich antworte mit Nein. Als Grillenberger die vorzügliche Rede gegen den Minister v. Feilitzsch hielt und schloß: Wir bewilligen Ihnen, Herr Minister, nichts — hätte

ich erwartet, er hätte hinzufügen müssen: Nicht nur Ihnen, sondern überhaupt der Regierung, die Sie in Ihrer Mitte hält und Ihnen homogen ist. Das wäre die richtige Konsequenz gewesen, das ist die einzig richtige prinzipielle Stellung. Man könnte sagen: was geschieht dann mit dem Staat, wenn wir einmal die Mehrheit haben? Entweder giebt es einen Verfassungskonflikt — und die Folgen eines solchen sind mir nicht zweifelhaft — oder die Regierung tritt ab und eine sozialdemokratische tritt an ihre Stelle. Wenn bei uns eine solche Opportunitätspolitik einreißt, dann kommen wir auf den Standpunkt der Nationalliberalen, die alle ihre früheren Ideale, ihre Vergangenheit verleugnen; Vollmar sagt, wir dürfen unsern Gegnern keine Handhabe zu Angriffen bieten. Wenn wir unsern Gegnern keinen Vorwand zu Angriffen geben, dann hören wir auf, Sozialdemokraten zu sein. Und, lieber Vollmar, wenn Ihr in Altbayern schwer zu arbeiten habt, so fragt die Genossen aus Hinterpommern, denen wir ihre Arbeit auch nicht erleichtert haben. Wenn wir an die Leute herankommen, dann wollen wir sie auch mit guten Gründen für uns gewinnen. Wir haben die Kriegsanleihe nicht bewilligt und unsere Genossen in Vorpommern wegen des „unpatriotischen“ Handelns dem Genossen Liebknecht die Fenster eingeworfen, und mir wäre es auch so gegangen, hätte ich nicht im Hofe gewohnt und hätte nicht mein Hausmeister rechtzeitig das Thor zugezogen. Heute hat man den damaligen Unverstand eingeschrieben. Neulich ist die Sache hier. So dumm wie Vollmar die Bayern hingestellt hat, sind sie nicht. Sie sind uns völlig ebenbürtig. Wir haben sogar in der Partei prozentual aus Bayern die höchste Intelligenz. (Große Heiterkeit, alle blicken nach dem auf der Bühne stehenden Abg. Auer.) Die Bauern in Bayern lassen sich überzeugen. Sollte es nicht der Fall sein, nun gut, dann können wir sie nicht gebrauchen. Dann sage ich: Ihr seid nicht Vertreter der Bauern, sondern der Industriearbeiter. Von den Städten ist die Idee ausgegangen und hat sich dem Lande mitgetheilt. Sind die Bauern jetzt noch nicht zu überzeugen, dann wird sie die Noth der Zeit, wie sie sie jetzt beten gelehrt hat, auch denken lehren. Wir leben in einem Klassenstaat, und einer Klassenregierung haben wir nichts zu bewilligen. Man warf uns vor, Ihr wollt das Volk wehrlos machen. Ist das nicht ein Angriff, der uns Schaden kann? Haben wir uns deshalb abhalten lassen gegen den Militäretat zu stimmen? Das von Vollmar angeführte Beispiel Hessens kann mich nicht irre machen. Das Prinzip steht mir zu hoch. Wir sind in die Zwangslage versetzt worden, die Frage zu erörtern, und da meine ich, da gelten nicht Rücksichten der Opportunität. Deshalb bitte ich um Annahme meines Antrages.

Stadthagen beantragt das Amendement in dem letzten Satz statt „da“ die Bewilligung „soweit“ die Bewilligung zu sehen.

Singer stellt nun die sämtlichen Anträge zur Diskussion. Es sind das die folgenden Anträge:

Die Parteigenossen in Hanau beantragen, der Parteitag möge beschließen: In allen gesetzgebenden Körperschaften, in welchen Parteigenossen als Vertreter der Sozialdemokratie gewählt sind, haben dieselben nur solchen Geldforderungen zuzustimmen, die zu Kulturaufgaben und gemeinnützigen Zwecken bestimmt sind. Bei Abstimmungen

und meinte sicher, daß die Frage unmöglich an ihn gerichtet sein könne. Jedenfalls gab er keine Antwort. Mr. Giles sendete dem Kesselflicker auffordernde Blicke zu, allein der Kesselflicker war urplötzlich eingeschlafen. Die Frauenzimmer kamen nicht in Betracht.

„Wenn Brittles die Thür etwa lieber in Gegenwart von Zeugen öffnen will,“ sagte Mr. Giles nach einem kurzen Stillschweigen, „so bin ich bereit, einen solchen abzugeben.“

„Ich auch,“ sagte der Kesselflicker, so plötzlich wieder aufwachend, als er eingeschlafen war.

Brittles kapitulierte auf diese Bedingungen, und als man die Fensterläden öffnete, die Entdeckung machte, daß es heller Tag war, und dadurch gar sehr an Muth gewann, so zog die kleine tapfere Schaar aus, die Hundevoran und die Frauenzimmer in der Nachhut. Gemäß dem Rathe Mr. Giles sprachen Alle sehr laut, um dem Feinde so gleich kund zu thun, wie zahlreich sie waren, und gemäß einer unübertrefflichen, von demselben Gentleman ausgedachten Kriegslist wurden auf der Hausflur die Hunde in die Schwänze gekniffen, damit sie ein recht wüthendes Belken erheben möchten, was sie auch thaten.

Nachdem diese Vorsichtsmaßregeln getroffen waren, faßte Mr. Giles den Kesselflicker fest am Arme (damit er nicht fortlaufe, wie Mr. Giles scherzend sagte) und gab das Kommandowort, die Thür zu öffnen. Brittles gehorchte. Einer blickte dem Andern bebend über die Schultern, und die Schaar gewahrte nichts Fürchterlicheres, als den armen kleinen Oliver Twist, der bleich und erschöpft die Augen aufschlug und stumm um Mitleid flehte.

„Ein Knabe!“ rief Mr. Giles, den Kesselflicker muthig

Oliver Twist.

Sozialer Roman von Charles Dickens.

(32. Fortsetzung.)

Die Köchin und das Hausmädchen riefen zugleich aus: „Daß sich Gott erbarm!“ und rückten zusammen.

„Ich hörte das Geräusch so deutlich, als wenn es dicht vor meinem Bette wäre,“ fuhr Giles fort, „und dachte: da wird eine Thür oder ein Fenster aufgebrochen. Was ist zu thun? Ich will den guten Jungen Brittles wecken und ihn retten, daß er nicht in seinem Bette ermordet wird; thu' ich's nicht, so kann ihm die Kehle vom rechten bis zum linken Ohre abgeschnitten werden, ohne daß er selbst nur einmal etwas davon erfährt.“

Hier richteten sich Aller Blicke auf Brittles, der die feinen auf den Nedner heftete und ihn mit weit geöffnetem Mund anstarrte, während seine Wienen den unbegrenztesten Schrecken ausdrückten.

„Ich stieß die Bettdecke von mir,“ sprach Giles, das Tischtuch von sich schleudernd und die Köchin und das Hausmädchen scharf fixirend, „stieg leise aus dem Bette, zog —“

„Es sein Damen anwesend, Mr. Giles!“ murmelte der Kesselflicker.

„— Meine Pantoffeln an, Sir,“ fuhr Giles, sich zu ihm wendend und den stärksten Nachdruck auf seine Pantoffeln legend, fort, „nahm das geladene Pistol zur Hand, das immer mit dem Silberzeugkorbe hinaufgebracht wird, ging auf den Zehen in Brittles' Kammer, und sagte, sobald ich ihn aus dem Schlafe gerüttelt hatte: Brittles, erschrecken Sie nicht!“

„Ja, das sagten Sie, Mr. Giles,“ fiel Brittles mit bebender Stimme ein.

„Brittles, ich glaube, wir sind verloren,“ sagt' ich,“ fuhr Giles fort, „aber sein Sie nur ohne Furcht.“

„Beigte er denn auch gar keine Furcht?“ fragte die Köchin.

„Nein,“ antwortete Giles; „er war so unverzagt — fast so unverzagt, als ich selber.“

„Ich wäre auf der Stelle gestorben, wenn ich's gewesen wäre,“ bemerkte das Hausmädchen.

„Sie sind ein Frauenzimmer,“ fiel Brittles ein, der ziemlich herzhast zu werden anfing.

„Brittles hat Recht,“ sagte Giles mit beiläufigem Kopfnicken; „von einem Frauenzimmer war nichts Anderes zu erwarten. Wir aber, als Männer, nahmen eine Blendlaterne aus Brittles' Kammer, und fühlten uns in der Bedrakenfinsterniß hinunter.“ (Er war aufgestanden, hatte die Augen geschlossen, tappte ein paar Schritte vorwärts und durchschlugte, um seine Schilderung mit angemessener Action zu begleiten, mit den Armen die Luft, bis er mit der Köchin in eine unangenehme Berührung kam, und die Köchin und das Hausmädchen zu schreien anfangen, worauf er nach seinem Stuhle zurückeilte.) „Was hat das zu bedeuten?“ unterbrach er sich plötzlich; „es wird geklopft — öffne Jemand die Hausthür.“

Niemand regte sich.

„Das ist doch seltsam, daß zu einer so frühen Morgenstunde geklopft wird,“ fuhr Giles, umherschauend und bleichen Antlitzes nur bleiche Gesichter gewahrend, fort; „allein die Thür muß geöffnet werden. He! Holla! hört den Niemand?“

Mr. Giles richtete bei diesen Worten die Blicke auf Brittles; allein der von Natur blöde, bescheidene Jüngling hielt sich muthmaßlich in der That für Niemand,

siber Gesamttat, in welchen Forderungen enthalten sind, welche der heutigen Gesellschaft die Mittel gewähren zu ihrer weiteren Existenz und zur Bekämpfung des um seine Befreiung ringenden Proletariats, haben die Genossen mit Nein zu stimmen.

Die Parteigenossen in Bochum beantragen: Der Parteitag möge den sozialdemokratischen Abgeordneten des bayerischen Landtages bezüglich deren Haltung bei der Abstimmung über den Gesamttat eine Rüge ertheilen, und einen Beschluß fassen, der einer Haltung dieser Art für die Zukunft vorbeugt.

Parteigenossen des 10. badischen Reichstags-Wahlkreises Karlsruhe-Bruchsal beantragen: Der Parteitag möge dazu Stellung nehmen, wie sich die sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten bei der Abstimmung über den Gesamt-Stat zu verhalten haben.

Kant-Kostock steht auf dem Standpunkt Bebels, er stellt die mecklenburgischen Verhältnisse mit den bayerischen in Parallele und konstatiert, daß der mecklenburgische Bauer ganz zugänglich für das Programm sei. Im letzten Wahlgange seien in Mecklenburg vier Stichwahlen erzielt worden.

Runert zieht den Antrag Halle zu Gunsten des Antrags Bebel zurück. Er bestreitet, der Verfasser des parvus unterzeichneten Artikels in der „Neuen Zeit“ zu sein.

Ewald-Brandenburg: Das Prinzip muß gewahrt bleiben. Ich z. B. wurde einmal gefragt, ob ich republikanisch oder monarchisch gesinnt sei. Ich wußte genau, die richtige Antwort kostet mich viel Stimmen, ich habe sie doch gegeben. Ich habe deshalb auf ein Reichstagsmandat verzichten müssen, ich bin nur mit 75 Stimmen unterlegen. Ich habe aber doch gesagt, ich bekenne mich zu republikanischen Staatsformen. So müssen es auch die Bayern thun. Vollmar droht mit einer Spaltung (Vollmar ruft: Ich habe kein Wort davon gesagt). Das Wort ist nicht gebraucht worden, aber er hat gedroht mit einer Spaltung, wenn die Sache auf die Spitze getrieben wird.

Singer konstatiert, daß Vollmar das Wort „Spaltung“ nicht gebraucht hat; er habe auch nicht gedroht, sondern gewarnt, die Sache auf die Spitze zu treiben.

Stadthagen begründet sein Amendement, das er nur mit Rücksicht auf den von Vollmar angeführten Fall in Hessen gestellt habe. Im Uebrigen stehe er völlig auf Bebel'schem Standpunkte, wenn er auch nicht zugeben könne, daß die Budgetbewilligung ein Vertrauensvotum darstelle.

Grillenberger-Mürnberg: Vollmars Rede hat einen großen Eindruck gemacht; ich hoffe, daß auch die, die hierher gekommen sind, um uns unter allen Umständen zu verbrennen, nachdenklicher geworden sind. In Bayern hat sich nicht eine einzige Stimme erhoben, um uns zu korrigieren. Da mußte erst die bekannte Antragsfabrik Timm u. Co. kommen, um uns zu schulmeistern. Bebel hat uns heute erklärt, der Vorstand habe es zuerst abgelehnt, die Frage zu erörtern. Er hätte besser gethan, es auch weiter ablehnen zu lassen. Seine heutigen Ausführungen haben uns nicht überzeugt. Das Vertrauensvotum des Münchener Parteitages bezog sich ausdrücklich auf die hier in Rede stehende Frage. Wir sind in Bayern deshalb nicht gewillt, uns von Berlin irgend welche Schablone aufzwingen zu lassen. Bebel war heute sehr zart gegen uns. Er hat uns auf der einen Seite gelobt, um dann den Hieb gegen uns um so stärker zu führen. Wir können sein Lob missen. Wir haben nur unsere Schuldigkeit gethan. Bebel war heute sehr bürgerlich konstitutionell, wir glaubten bei der Nichtbewilligung praktisch-revolutionär zu handeln. Das ist manchmal

mehr werth. Bebel sagt: Wir haben uns aus uns heraus zu anderer Taktik entwickelt, nun, so lassen Sie uns Zeit, uns auch aus uns heraus selbstständig zu anderer Taktik zu entwickeln. (Große Heiterkeit). Wir haben den Sachsen früher niemals hineingeredet, auch als sie sich bei der Abstimmung über eine Zivilliste hüflich wie sie waren, gedrückt haben und nicht dagegen gestimmt haben. (Heiterkeit). Wir geben offen zu, daß wir Annäherung an die Bayern suchen wollen mit unserer Taktik, das halten wir für praktisch revolutionär. Wenn der Parteitag uns in dieser Frage Vorschriften machen will, dann muß er alle anderen Landtage, alle Stadtvertretungen, alle Gemeindevertretungen kontrollieren, in denen Genossen sitzen. Wenn wir das Budget verweigert hätten, so wären wir für Schwindler erklärt worden. Man hätte das nicht verstanden. Im Reichstag liegt die Sache anders; da verschlingt der Militärstat den Hauptantheil am Budget. Ja, wenn wir nur zielbewusste Genossen, wie in Nürnberg und München, hinter uns hätten, wäre es uns nicht eingefallen, für das Finanzgesetz zu stimmen. (Rufe: Aha!) Ja, aber wir haben es mit einem Agrikulturstaat zu thun, in dem es sich nicht um ländliche Lohnklaven, sondern um freie Bauern handelt. Das macht den Unterschied. Mögen Sie es Bauernfang nennen, wenn wir diese Leute für uns zu gewinnen suchen. Das genirt uns nicht. Daß wir durch unsere Abstimmung der Regierung ein Vertrauensvotum ausgestellt haben, bestreite ich. Der Fall in Hessen beweist die ganze Unmöglichkeit, den Antrag Bebel anzunehmen. Wir, d. h. die ganze bayerische Sozialdemokratie, lassen uns nicht schablonisieren. Sie thun einen Schlag ins kalte Wasser, wenn Sie den Antrag Bebel annehmen, denn wir können ihm, wenigstens vor der Hand, keine Folge geben. Es hiesse doch, uns als dumme Jungen nach Hause schicken. Wenn wir nächstes Jahr anders stimmten, würde man in München sagen: Die Preußen haben ihnen verboten. Bebel wendet sich auch gegen das Amendement Stadthagen, dem die Bayern zur Noth zustimmen würden, damit nur nicht gesagt werden kann, man hat es uns in Frankfurt befohlen. Bebel hat wieder von Versumpfung gesprochen. Solcher Cassandrarufe sollte er sich enthalten, das Wort Versumpfung ist uns zielbewussten Genossen gegenüber nicht angebracht. Bebel spricht von der Möglichkeit, sozialdemokratische Abgeordnete könnten in den preussischen Landtag einziehen. Ich würde es für eine große Versumpfung halten, würden Sozialdemokraten unter dem Dreiklassenwahlsystem in den preussischen Landtag gewählt werden. Die Frage ähnelt der Frage der Beteiligung bei Stichwahlen, die auch einmal so viel Staub aufgewirbelt hat, jetzt aber glücklicher Weise zur Ruhe gekommen ist. Ich resumiere. Wir wollen, daß man es dem ehrlichen Ermessen ehrlicher Parteigenossen überlassen soll, wie sie stimmen wollen. Lehnen Sie unseren Antrag ab, so ist der Antrag Stadthagen die einzige Basis, auf der eine Verständigung mit uns und dem bayerischen Genossen möglich ist. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte wird hierauf vertagt.

Persönlich bemerkt:

Bebel, er hätte von Versumpfung nur konditional gesprochen, er halte auch eine Beteiligung bei den preussischen Landtagswahlen unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlsystems für unmöglich.

Morgen ist Auer erster Redner.

Schluß 4 Uhr. (Fortsetzung folgt.)

Soziales und Partei-Leben.

Arbeiter-Entlassungen. Auf der Werft von Blohm u. Voß in Hamburg sind wiederum etwa 30 Schiffbauer

und Maschinenbauer entlassen worden. Auch auf der Staatswerft auf Steinwerder sind in den letzten Tagen wieder sehr viele Arbeiter verschiedener Branchen entlassen worden.

Der Bergarbeiter-Ausstand in Schottland soll beendet sein. Wie verlautet, sind die Ausländigen sämmtlich wieder eingestellt worden.

Aus Nah und Fern.

Gera. Am 18. Februar 1891 gebar die unwerche lichte Pfarrerstochter Gertrud Schwalbe im elterlichen Hause in Friesau ein Kind, dessen Vater der Jägerburfche Louis Albert aus Röppisch war. Auf Betreiben der Mutter des Kindes und der Großmutter, der Frau Pfarrer Schwalbe in Friesau, mußte der Vater trotz seiner Weigerung dafür sorgen, daß das Kind auf fremden Namen bei einem fremden Standesamte eingetragen werde. Das sollte geschehen, um dem Pfarrer wegen der Geburt, von der er ebenso wie von dem Zustand seiner Tochter angeblich nichts gewußt habe, keinen Kummer zu bereiten. Nach vielen Versuchen gelang es dem Albert im Verein mit der verheiratheten Louise Schmidt von Röppisch die verheirathete Therese Schütz von Kleindernbach gegen das Versprechen einer Belohnung zu bestimmen, das Kind auf den Namen der unverheiratheten Schwester des Albert, die schon zweimal geboren hatte, ohne deren Vorwissen bei dem Standesamte in Mümmich einzutragen zu lassen. Die Sache kam vor eine größere Oeffentlichkeit, als sich Albert mit seiner inzwischen verstorbenen Frau verheirathete. Es wurde Untersuchung eingeleitet und heute standen die oben erwähnten Personen vor dem Schwurgericht wegen Urkundenfälschung und wegen Veränderung des Personenstandes. Gertrude Schwalbe hat sich inzwischen, am 2. Oktober, mit einem Dachdecker Meyer verheirathet. Ihr Auftreten heute ist kein glückliches. Sie sucht zwar ihre Eltern nach Möglichkeit in Schutz zu nehmen, und die Thatsache, daß die von dem Pfarrer beantragte Disziplinar-Untersuchung ergebnislos verlaufen ist, bestärkt in gewissem Maße ihre diesbezügliche Aussage. Aber sie weist zurück, daß der verbrecherische Gedanke von ihr und ihrer Mutter gegen den Willen Alberts ausgegangen und weiter verfolgt sei. Demgegenüber behauptet dieser, daß er nur mit Rücksicht auf die Vorwürfe und vielen Drohungen der Gertrud Schwalbe, sowie auf die Vorhaltungen der Mutter, und weil er keinen Ausweg mehr gewußt, dem Drängen nachgegeben habe. Er will auch die 20 Mark Bestechungsgebühr für die Schütze von seiner Geliebten erhalten haben. Im Uebrigen haben diese zur Unterhaltung des Kindes bis jetzt noch nichts beigetragen. Es wird daraus gefolgert, daß es sich bei dem Verbrechen also weniger um eine Vertuschung überhaupt gehandelt habe. Die Angeklagten sind im Allgemeinen der That geständig: mit Ausnahme des Albert will keine der Angeklagten deren Folgen übersehen, die Gertrud Schwalbe auch nicht daran gedacht haben, wie sehr sie sich an dem Kinde veründigt habe. Die Angeklagten kommen infolge des Wahrspruchs der Geschworenen mit verhältnismäßig geringen Strafen weg. Die Schütze wurde wegen Vergehens gegen § 271 des R.-G.-B. mit zwei Monaten, die Schmidt und der Albert wegen Anstiftung und Mithäterschaft dazu zu je drei Monaten, die Schwalbes, Mutter und Tochter, zu je vier Monaten Gefängniß verurtheilt. Bei diesen beide wurden ihre Eigenschaft als Frau und Tochter eines Pfarrers und ihre Bildung gegenüber den übrigen Angeklagten als erschwerend in Rücksicht gezogen. (F. Btg.)

zurück- und sich selber vordrängend, aus. „Was ist das — wie — Brittles — erkennen Sie ihn?“

Brittles, der beim Deffnen der Thür hinter dieselbe getreten war, stieß einen Schrei der Wiedererkennung aus, sobald er Oliver Twist erblickte. Giles faßte den Knaben bei einem Beine und einem Arme — zum großen Glück nicht bei dem verwundeten — zog ihn hinein und legte ihn der Länge nach auf die Steinplatten nieder. „Hier, hier!“ schrie Mr. Giles in größter Erregtheit die Treppe hinauf, „hier ist einer von den Dieben, Ma'am! Wir haben einen Dieb, Miß — einen Verwundeten, Miß. Ich traf ihn, Miß, und Brittles hielt das Licht!“

„In einer Laterne, Miß!“ schrie Brittles, eine Hand an den Mund haltend, damit sein Ruf desto sicherer hindurchdränge.

Die Köchin und das Hausmädchen liefen hinaus, um der Herrschaft zu verkündigen, daß Mr. Giles einen Räuber gefangen habe, und der Kesselflicker bemühte sich, Oliver zum Bewußtsein zurückzubringen, damit er nicht stürbe, bevor er gehangen würde. Nach einiger Zeit ertönte von oben durch den Lärm eine sanfte und wohlklingende, einer jungen Dame angehörende Stimme: „Giles, Giles!“

„Hier, Miß, hier bin ich! Erschrecken Sie nicht, Miß; ich habe keinen bedeutenden Schaden genommen! Er leistete keinen sehr verzweifelten Widerstand, Miß; ich war ihm gar bald zu viel!“

„Still doch; Sie erschrecken ja meine Tante fast eben so sehr, als die Diebe selbst. Ist der arme Mensch stark beschädigt?“

„Er hat eine furchtbare Wunde, Miß,“ rief Giles mit unbeschreiblichem Wohlbehagen hinauf.

„Er sieht aus, als wenn er den Geist aufgeben will, Miß,“ schrie Brittles, wie zuvor eine Hand an den Mund

haltend. „Wollen Sie nicht herunterkommen, Miß, und ihn sehen, falls er —“

„So schreien Sie doch nicht so entsetzlich. Seien Sie einen Augenblick still; ich will mit meiner Tante sprechen.“

Die Sprecherin eilte mit leisen Fußritten fort, kehrte bald wieder zurück und ertheilte den Befehl, den Verwundeten vorsichtig hinauf in Mr. Giles' Zimmer zu tragen; Brittles sollte sogleich den Bonny satteln, nach Chertsey reiten und eiligst einen Konstabler und den Doktor holen.

„Wollen Sie ihn aber nicht erst ein Mal ansehen, Miß?“ rief Giles mit so viel Stolz, als wenn Oliver ein leikener und prachtwoller Vogel wäre, der er heruntergeschossen.

„Nicht um die Welt!“ erwiderte die junge Dame. „Der arme, arme Mensch! Giles, behandeln Sie ihn nur ja recht gut, und wenn es auch nur um meinewegen wäre!“

Der alte Diener des Hauses blickte, als sie sich entfernte, zu ihr hinauf, so stolz und wohlgefällig, als ob sie sein eigenes Kind gewesen wäre, und half sodann Oliver mit der freundlichen Fürsorglichkeit und Beciferung eines Frauenzimmers hinauftragen.

28. Kapitel.

Von den Bewohnern des Hauses, in welchem Oliver sich befand, und was sie von ihm dachten.

In einem artigen Zimmer — dessen Mobiliten freilich mehr nach altmodischer Bequemlichkeit, als nach moderner Eleganz ausjahren — saßen zwei Damen an einem wohlbesetzten Frühstückstische. Mr. Giles wartete im vollständigen schwarzen Anzuge auf. Er stand kerzengerade in der Mitte zwischen dem Schenk- und Frühstückstische, mit zurückgeworfenem und fast unmerklich zur Seite ge-

neigtem Kopfe, den linken Fuß vorangestellt und mit der rechten Hand im Busen, während die herunterhängende Linke einen Präferirteller hielt, und sah aus, als wenn er sich des angenehmen Bewußtseins seiner Verdienste und Wichtigkeit freute.

Die eine der beiden Damen war betagt, allein die hohe Lehne ihres Stuhles nicht gerade, als sie selbst saß. Ihr Anzug war ein Muster von Sauberkeit und Genauigkeit, altmodig doch nicht ohne Spuren der Einwirkung des Tagesgeschmacks. So saß sie stattdich da, die gefalteten Hände auf dem Tische vor ihr, die Augen — denen die Jahre nur wenig von ihrem Glanze genommen — aufmerksam auf die jüngere Dame gefest, die in der ersten zarten Blüthe der Weiblichkeit stand, eine der jungfräulichen Gestalten, von welchen wir, ohne Sünde annehmen mögen, daß Engel sie bewohnen, wenn der Allmächtige zur Ausführung seiner Absichten jemals zuläßt, daß sich die Himmelsbewohner in Gestalten der Sterblichen verkörpern dürfen.

Sie befand sich noch im siebzehnten Jahre, und ihre Figur war so leicht und ätherisch, so zart und edel, so lieblich und schön, als wäre die Erde ihre Wohnstätte nicht, als könnten die größeren Wesen dieser Welt mit nichten zu ihr passende Mitgeschöpfe sein. Der Geist, der aus ihren dunkelblauen Augen leuchtete und aus ihren edlen Bügen sprach, schien ihrem Alter zuvorgereist und kaum von dieser Welt zu sein, und doch verkündete der lebensvolle, freundlich-holde Ausdruck ihrer Mienen, die tausend Blicke, die auf ihrem rosigen Antlitz spielten und keinen Schatten auf ihm lagern ließen, ihr Lächeln — ihr frohes, seliges Lächeln — die höchste Gemüths-schöne, den reinsten Herzensadel, die wärmste Liebe und Bärtlichkeit, die besten Gefühle und Eigenheiten der menschlichen Natur.

(Fortsetzung folgt.)